

Tertilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Tertilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Tertilarbeiter Deutschlands.

Nr. 36.

Die „Tertilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4123.

Düsseldorf, 9. September 1911.

Redakteur: H. Heutmann, Düsseldorf, Corneliustr. 66. Expedition u. Druck von Joh. van Neken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegramm-Adresse: Tertilarverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Abseits.

Es kommen Stunden, da wir müde sind
Und alles rasche, helle Leben lassen,
Da selbst die Starken, die stets kampfgestunt,
Die heißen Waffen niedergelassen lassen.
Da wir im Herzen, wie ein schreckhaft Kind,
Vor jedem allzulauten Ton erblaffen,
Und wir nach einer Hand, die weich und lind
Das Haar uns streift, mit tiefer Jubrust fassen.
Dann wandert unsere Seele aus, weit, weit,
Zu erdenfernen, märchenfarb'nen Landen,
Darin sich Sehnsucht und Erfüllung fanden.
Das ist der Seele hohe Feierzeit!
Sie lehrt der Stunden stille Kraft verstehen,
Die träumend leis' an uns vorübergehen.
Allgem. Rundschau.

Sozialistische Gewerkschaften und Partei.

I.

Der Tarifbruch der Berliner Buchdruckerverbände, seine Begleiterscheinungen und sein Nachspiel haben die eigentümlichen Beziehungen, die zwischen den sogenannten „freien“ Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei bestehen, wieder in den Vordergrund des gewerkschaftlichen Interesses hineingerückt. Vergewaltigen wir uns kurz die Tatsachen:

In einer großen Berliner Druckerei brechen einige Maschinenmeister und Mitglieder des Buchdruckerverbandes im Einverständnis mit den Vertrauensleuten ihrer Organisation den Tarif, beharren trotz Warnung auf ihrem Standpunkt, suchen ihn lärmend in Versammlungen zu rechtfertigen, wobei die Mitglieder des großen Berliner Ortsvereins des Buchdruckerverbandes samt ihren Führern ihnen den Rücken steifen. Dieser Tarifbruch kam (zu dem Zeitpunkt) der Buchdruckerverbandsleitung doppelt unangelegen. Gerade als sie sich anstalt, als „getreuer Tarifkontrahent“ mit der Prinzipalvereinbarung um weitere Zugeständnisse zu verhandeln (die Tarifrevision steht vor der Tür), platzt die Bombe. Die Verbandsleitung mußte verurteilen, ein Machtwort sprechen. Nun aber mißte sich die sozialistische Parteipresse in den Streit, ergriff Partei für die Tarifbrecher und beschimpfte die „Oberbänke des Buchdruckerverbandes“ als „diktiert“, als „Tariffanatiker“, als „Absolutisten“ usw. (vergl. Nr. 34 der „Tertilarbeiterzeitung“). Das durfte sich die Buchdruckerverbandsleitung nicht gefallen lassen und bat die Generalkommission um ihre Hilfe. Die hatte vor, sich öffentlich im „Korrespondenzblatt“ an die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse zu wenden, mußte aber, nach den bestehenden Abmachungen zwischen Partei und „freien“ Gewerkschaften, zunächst dem sozialdemokratischen Parteivorstand Mitteilung von ihrem Vorhaben machen. Dieser Parteivorstand rät, im Interesse der Partei (des Stands wegen), von der öffentlichen Behandlung der Sache ab und wendet sich in einem „vertraulichen Zirkular“ mahnend an die Redaktionen der Parteiblätter. Damit sind aber wieder die Redakteure der Parteipresse nicht einverstanden und schimpfen über den Parteivorstand. Schluß: die Blamage für beide Teile ist fertig, für die sogenannten „freien“ Gewerkschaften zumeist. Selbst eine „Frankfurter Zeitung“ kann nicht umhin und findet derlei Dinge

„in hohem Maße unerfreulich“; denn „mit der definitiven Annäherung von Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften“ sei „der konsequent durchgeführte Gedanke der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften ziemlich erschlagen und die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung verewigt“. (Frankf. Ztg. Nr. 225.)

Wer sind die Tarifbrecher? Die Mitglieder des Ortsvereins Berlin des Buchdruckerverbandes. Berlin ist die Zentrale der deutschen Sozialdemokratie; über 100000 Mitglieder zählt die sozialdemokratische Parteiorganisation Groß-Berlins. Parteivorstand, Parteischule sind da konzentriert, ein Heer von Parteibeamten ist unablässig tätig. Berlin ist die Domäne des „Vorwärts“. Stärker denn irgendwo anders fließen hier Partei- und Gewerkschaftsbewegung ineinander, just so wie in Leipzig. Da ist kein Boden für rein gewerkschaftliches Denken und Handeln. Die radikalen Anschauungen der Berliner Buchdruckerverbände kommen also nicht von ungefähr. Und der Verband weiß, daß er mit ihnen zu rechnen hat. Die Berliner und die Leipziger sind die Schmerzenskinder eines Döblin immer gewesen. Wie haben sie auf der Generalversammlung in Köln 1908 der Verbandsleitung und den Tarifinstanzen zugehört. „Sie wollen praktisch die Aufhebung der Tarifgemeinschaft!“ rief ihnen der Tarifamtssekretär Schlichts zu. Und in der Tat scheint die Tarifgemeinschaft für die Berliner Buchdrucker nur so lange ein Interesse zu haben, als sie sich zu schwach fühlen, ohne sie fertig zu werden. Innerlich ist ihnen die Tarifidee zuzumider. Der Klassenkampfstandpunkt ist ihr Lebensbedürfnis. In ihren Augen ist der Kampf in Permanenz der Idealzustand. Gut sozialdemokratisch wollen sie sein allerwege, und das eben verträgt sich nicht mit der Tarifidee. Elegisch klagte der Verbandsvorsitzende Döblin seinerzeit in einem Aufsatz der „Sozialistischen Monatshefte“ („Tarifvertrag, Politik und Klassenkampf“, Jahrgang 1908 S. 720) darüber, daß man dem Wesen der Tarifverträge gerade in den Kreisen der (sozialdemokratischen!) Arbeiter noch nicht mit vollem Verständnis begegne. Er hätte getrost sagen können, verständnislos begegne, und er hätte weiter eingestehen können, daß wir hier vor den Früchten sozialdemokratischer Aufklärerei stehen.

Die Sozialdemokratie hat die größten Bedenken gehabt, als ihre Gewerkschaften sich für Tarifverträge zu erwärmen begannen, und bis zum heutigen Tag haben die Parteitheoretiker mißtrauisch die Entwicklung des Tarifwesens verfolgt. Und die Gewerkschaftsführer konnten nicht anders und mußten diesen Stimmungen wenigstens äußerlich Rechnung tragen in der Art, wie sie die Tarifidee verteidigten. Als 1905 das Tarifwerk von Januy Jmle herauskam, das die Tarifverträge als „Dokumente des gewerblichen Friedens“ auffaßte, da war es Paul Umbreit, der Redakteur des „Korrespondenzblattes“, der gegen diese Idee Front machen mußte. Er lehnte die Bezeichnung „Friedensdokumente“ ab und prägte das Wort, daß das Wesen des Tarifvertrags nicht in seinen Formen oder nebensächlichen Erscheinungen begründet sei, sondern in der Auffassung, von welcher er getragen würde. Er könne ein Werkzeug des Klassenkampfes, indes auch ein solches des Klassenfriedens sein. Die letztere Auffassung eben lehnte er als „Harmoniebücherei“ ab.

In jenen Tagen hat Schildbach in der „Neuen Zeit“ in den Tarifverträgen das „Wiederaufleben des Junjtaggedankens“ gefeiert. Sofort ging Carl Kautsky dagegen an. Ein Wiederaufleben des junjtagischen Geistes wäre das schlimmste, was der modernen Arbeiterbewegung passieren könnte. Der Lithograph Schuetter kam gleich hinterher und stellte fest, daß bei der klassenbewußten Arbeiterschaft das Prinzip gelte: Die Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage ist auf Kosten des Unternehmerprofits zu erkämpfen. Die Arbeiterschaft wolle durch Erringung von Lohn-

erhöhung nicht nur ihre Lebenslage verbessern, sondern auch der Mehrwertbildung entgegenreten. Wer den Sozialismus wolle, der müsse gegen die verjüngenden Folgen des Tarifvertrags protestieren. Alleweil gut sozialdemokratisch, wie wir sehen, auch in der Beurteilung des Tarifvertrags. So 1905 und so auch heute. In der sozialdemokratischen Atmosphäre ist kein Weiden für die Keime echter und wahrer gewerkschaftlicher Arbeit und tariflicher Politik.

Die Arbeitskämpfe in England.

England, das nicht nur in der Gewerkschaftsfrage, sondern mehr noch durch die dort übliche Schlichtung gewerblicher Streitigkeiten vorbildlich geworden ist, das mehr als 1600 Tarifabkommen aufzuweisen hat, ist in letzter Zeit der Schauplatz großer sozialer Kämpfe gewesen. Mit geradezu elementarer Gewalt brach der Sturm los. Eine wahre Streikepidemie ergriff weite, hauptsächlich den ungelerten Berufen angehörende Arbeiterschichten.

„Der rasche, kaum erwartete Sieg der Seeleute“, so schreibt die „Soziale Praxis“, „scheint der Funken gewesen zu sein, der hier und dort den Brand entzündete. Und wie ein Flugfeuer sprangen Streik und Aussperrung nun von einem Gewerbe, von einem Orte zum andern, bis schließlich das ganze Land von dieser Epidemie ergriffen worden ist. Es mag auch etwas Wahres an der Ansicht sein, daß die entsetzliche Hitze der letzten Wochen die schwer arbeitende Bevölkerung nervös überreizt hat. Jedenfalls war ein günstiger Nährboden für eine Bewegung da, die wie ein Wirbelwind die Massen mit sich fortrif.“

Das hatte sich schon bei dem Ausstand im Hafen von London gezeigt. Eine Gruppe nach der andern legte die Arbeit nieder; zwar gelang es bald, durch Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter unter Führung des Handelsamtes und der Handelskammer Verträge abzuschließen. Aber jede Gruppe erklärte sich mit der andern solidarisch, und der Verkehr kam nicht eher wieder in Aufnahme, bis alle Gruppen befriedigt waren; auch dann dauerte es fast noch eine Woche, bis nach amtlicher Erklärung die Arbeit im Hafen von London wieder in vollem Betrieb war. Die letzte Einigungsverhandlung wurde erst am 18. August abgeschlossen: Reeder und Ausländer kamen überein, ihre Streitigkeiten der Entscheidung des Präsidenten der Sozialverwaltung oder eines von ihm ernannten Schiedsrichters zu übergeben. Damit war dem angebrochenen Generastreik der Transportarbeiter vorgebeugt. Mittlerweile war auch eine Anzahl kleinerer Streiks von insgesamt 15000 Arbeiterinnen in Londoner Fabriken durch Bewilligung besserer Löhne, die bisher nur 7-10 M. wöchentlich betragen hatten, beendet worden. Aber schwerere und gefährlichere Kämpfe folgten: nach den Hafenarbeitern traten Eisenbahner und Trambahner in die Ausstandsbewegung ein. Und war es in London ohne erhebliche Unruhen abgegangen, so kam es anderswo, in Glasgow, Manchester, Wales, vor allem aber in Liverpool zu Ausschreitungen, die zu Brandstiftungen, Straßenkämpfen führten und Tage hindurch anhielten. Uebereinstimmend wird aber in der englischen Presse hervorgehoben, daß weniger die streikenden oder arbeitsperrten Arbeiter in Liverpool die Tumulte erregten, als der gerade in dieser Hafenstadt besonders freisüchtige Pöbel.

Bemerkenswert an dieser Bewegung ist, daß sie ganz spontan ausbrach. Der Kampf ging nicht von den Organisationen aus, nein, es waren vorwiegend unorganisierte Massen, die vorwärtsdrängten. Schon im Transportgewerbe war das Gros der Streikenden unorganisiert. Ähnlich war es bei den Eisenbahnern. Von den 610000 an sämtlichen Bahnen bediensteten Eisenbahnern war nur etwa ein Fünftel organisiert.

Die Organisationen wurden mitgerissen, mußten mittun, um die Fäden der Bewegung in die Hand zu nehmen und — soweit dies möglich war — für eine geregelte Durchführung des Kampfes, sowie für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung Sorge zu tragen. Dies war um so notwendiger, als die Massen sich wohl kaum der Tragweite und der etwaigen Konsequenzen ihres impulsiven Vorgehens bewußt waren.

Naturgemäß hat diese Streikbewegung außer den bauerlichen, wie bereits bemerkt, mehr auf das Konto des Böbels zu sehenden Ausschreitungen, für die vom Streik betroffenen Städte auch noch sonstige, sehr bedenkliche Folgen gezeitigt. Handel und Verkehr wurden lahmgelegt und damit auch die Lebensmittelzufuhr erschwert, wenn nicht ganz unterbunden. Das führte in London zu einer Steigerung der Lebensmittelpreise bis zu 50 Prozent, in Liverpool zu einer Steigerung von 10—25 Prozent. In Manchester traf man mit dem Streikkomitee eine Vereinbarung, wonach von diesem die Zufuhr von Lebensmitteln freigegeben wurde.

Welches sind nun die Ursachen dieser Streikbewegung? Es ist klar, daß ein derart impulsiver Ausbruch der Unzufriedenheit auch seine Gründe haben muß. Von einer „Verhöhnung“ der Massen durch die Führer konnte da keine Rede sein. Die Ursache ist zunächst einmal in der ungünstigen Lebenslage dieser Arbeitermassen zu suchen. Während die gelernten Arbeiter dank ihren starken, kapitalkräftigen Organisationen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Verteuerung der Lebenshaltung anzupassen vermochten, war das bei den ungelerten Berufen, die starke Organisationen nicht kannten, nicht der Fall. In der Zeit von 1895 bis 1900 stiegen die Detailpreise für Lebensmittel auf dem Londoner Markt um 17,9 Prozent, die Löhne dagegen nur um 12,4 Prozent. Von 1900 bis heute stiegen die Lebensmittelpreise um weitere 10 Prozent, die Löhne dagegen stiegen nicht. Berücksichtigt man, daß bei den hier verzeichneten Lohnsteigerungen die gelernten Arbeiter miteingegriffen sind, deren Lebenslage sich doch mehr gehoben hat, als jene der in den ungelerten Berufen beschäftigten Arbeiter, so wird das Verhältnis für diese noch ungünstiger. Die Streikenden verlangten denn auch in erster Linie eine entsprechende Aufbesserung der Lohnverhältnisse und dann zumeist auch eine Verkürzung der zum Teil noch erheblich langen Arbeitszeit. Auf den Gebieten haben sie auch allenthalben Erfolge errungen, da sich auch die Regierung energisch für die Beilegung der Ausstandsbewegung ins Zeug warf.

Ein weiteres Moment der Unzufriedenheit, das speziell bei den Eisenbahnern eine große Rolle spielte, bildete die Tätigkeit der Einigungsämter. Diese wurden auf Betreiben der Regierung im Jahre 1907 geschaffen, um einem damals drohenden allgemeinen Ausstand der Eisenbahnen vorzubeugen. Gewerkschaften und Eisenbahndirektionen verpflichteten sich, wenn auch nur ungern, für sechs Jahre Frieden zu schließen. Streitigkeiten sollten durch die Einigungsämter erledigt werden. In diesen verhandelten, laut „Soziale Praxis“, die Eisenbahn-Betriebsverwaltungen nur mit Vertretern ihrer eigenen Angestellten und Arbeiter unter Ausschluß der Organisationen; es waren also eigentlich mehr Arbeiterausschüsse als Einigungsämter, die Anerkennung der Gewerkschaften hatten die Eisenbahndirektionen ausdrücklich abgelehnt. „Trotzdem hatten in den verflochtenen Jahren die Einigungsämter manchen Streit friedlich beigelegt. Aber die Arbeiter beklagten sich mehr und mehr, daß sie von vornherein als Untergebene und Abhängige gegen die Autorität und Gewandtheit ihrer Direktoren im Nachteil seien und mit ihren Forderungen meist unterlügen. Darum sei eine Reform der Ämter dahin nötig, daß unter Anerkennung der Gewerkschaften die Direktionen mit deren Vertretern verhandelten. Dies aber lehnten die Gesellschaften jetzt rundweg ab und beschuldigten die Eisenbahner — mit Recht — des Vertragsbruchs, da die Einigungsämter noch drei Jahre in Kraft ein sollten.“

Auf den Vorschlag der Regierung hin, soll nun eine Kommission eingesetzt werden, die die Wirkung des Einigungs- und Schlichtergerichtshofens von 1907 prüfen und darüber Bericht erstatten soll, welche Änderungen gegebenenfalls wünschenswert seien. Die Kommission soll aus Vertretern der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber bestehen, mit einem unparteiischen Obmann an der Spitze. Beide Parteien haben die Berücksichtigung gegeben, sich den Beschlüssen der Kommission zu fügen.

Nun kann man auch fragen, wie konnte es in England, dem künftigen Land der Gewerkschaftsbewegung, zu einem solch eruptionsartigen Ausbruch der Bewegung kommen. Man sollte doch annehmen, daß es gerade in England möglich gewesen sein müßte, mittels der Gewerkschaften eine feste, der wachsenden Lebenshaltung entsprechende Aufbesserung der Lohnverhältnisse zu erreichen. Dazu ist zu bemerken, daß wir jahrelang den eigentlichen Charakter der englischen Gewerkschaften verkannt haben. Sie sind heute für uns nicht mehr jenes leuchtende Vorbild, das sie uns früher gewesen. Wir wissen jetzt, daß die englische Gewerkschaftsbewegung ihre Fehler und Mängel hat. Fehler und Mängel, die sich bei der jetzigen Streikbewegung gerächt haben.

Die englischen Gewerkschaften sind zunächst meist viel zu künstlich abgeschlossene Gebilde. Sie umfassen fast ausschließlich die gelernten Berufe. Der Zugang zu diesen wurde nicht selten künstlich zurückgehalten. Der englische organisierte Arbeiter kannte bisher nicht jenes alle Berufe umfassende und sich für jeden Beruf betätigende Solidaritätsgefühl, wie wir es kennen. Er bekümmerte sich nur wenig oder gar nicht um die unter ihm stehenden, in kümmerlichen Verhältnissen lebenden Standesgenossen. In ihrer starren, dogmatischen Abgeschlossenheit haben es die englischen Gewerkschaften verübt, die sich unter der Arbeiterchaft der ungelerten Berufe mehr und mehr breit machenden Stimmungen zu erfassen und der Gewerkschaftsbewegung rechtzeitig dienlich zu machen. Nur so konnten sich die Verhältnisse heraus entwickeln, die jetzt mit elementarem Gewalt zum Ausbruch drängen. Nur so auch ist es zu verstehen, daß alte erfahrene Gewerkschaftsführer von der Streikbewegung überrascht und dieser mit sprachlosem Staunen gegenüberstanden. Inwieweit die verflochtene Ausstandsbewegung zu einer inneren Reorganisation des Gewerkschaftswesens beitragen wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls macht die englische Arbeiterchaft zur Zeit einen Gährungsprozeß durch, dessen Richtung noch nicht vorauszu sehen ist.

Die englischen Arbeitskämpfe haben auch bei uns einen gewissen Widerhall gefunden. Das scharfe Vorgehen des bayerischen Verkehrs- und des preussischen Eisenbahnministeriums, sowie einzelner lokaler Eisenbahnverwaltungen gegen die sozialdemokratischen Eisenbahnverbände und die sozialdemokratische Agitation unter den Eisenbahnern, scheinen mit auf die Vorgänge in England zurückzuführen sein. Daß die Eisenbahnverwaltungen auch wirklich Veranlassung haben, vorsichtig zu sein, zeigen die kürzlich in einer sozialdemokratischen Versammlung Berlins ausgesprochenen Drohungen mit dem Generalkrieg im Kriegsfall.

Auch unsere Scharfmacher ziehen aus den Vorgängen in England ihre Schlussfolgerungen. Triumphierend berichten sie von einem völligen Zusammenbruch des in England bisher üblichen Verhandlungs- und Einigungswesens. Da ist selbstverständlich der Wunsch der Vater des Gedankens. „Die „Soziale Praxis“ bemerkt mit Recht, daß im Bergbau, in der Textilindustrie, in den Metall-, Holz-, Leder- und zahlreichen anderen großen Gewerben dies Vermittlungs- und Einigungs-system noch unangefastet in Kraft stehe. Es ist ja auch undenkbar, daß ein derartiger, impulsiv ausgebrochener Kampf einen solch zerstörenden Einfluß haben kann auf das aus den Erfahrungen von Jahrzehnten heraus entwickelte Einigungsweises von Industrien und Gewerben, die an diesen Kämpfen gar nicht beteiligt waren. Es ist im Gegenteil zu hoffen, daß die Erscheinungen, die diese Streiks gezeitigt haben, zu einer Reform und damit zu einem weiteren Ausbau des gewerblichen Einigungsweises führen werden.“

Sozialdemokratische Miswirtschaft in den Krankenkassen.

Zu der Fülle des Materials in dieser Frage kommt nun ein weiterer Beitrag aus Düsseldorf. In einer Versammlung der christlichen Arbeiterchaft in Düsseldorf hatte der Kartellbeamte, Kollege Koven, behauptet, daß bei der Anstellung von Beamten der gemeinsamen Ortskrankenkasse, die 40000 Mitglieder zählt, weniger nach der Qualifikation als nach der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei gesehen und daß die sozialdemokratische Propaganda bei der Kasse öfter betrieben wurde. Deswegen hatten als Vertreter der Kasse der Vorsitzende Hallstrang und der Kassierführer Leyser im Auftrage des Vorstandes Klage wegen Verleumdung erhoben.

Die ständigen Schöffengerichtsverhandlungen, die am 26. Aug. cc. stattfanden, gestalteten sich zu einer verhängnisvollen Niederlage der Kläger.

Der Kläger Leyser bestritt diese ihm von dem christlichen Gewerkschaftsbeamten Koven zur Last gelegten Behauptungen und berief sich auf das Zeugnis des Kunsthandlers Jüzet, früherer zweiter Vorsitzender der Krankenkasse und langjähriger Vorsitzender der Anstellungskommission der Beamten. Dieser sagte aus: Ich habe die bestimmte Ueberzeugung, daß seitens der Zweimittelmehrheit der Sozialdemokraten den sozialdemokratischen Beamten der Vorzug gegeben wurde. Bei der Berücksichtigung (der Fabrikantenklasse mit der Handwerkerklasse) war eine Reihe neuer Kräfte notwendig. Eine Menge Bewerbungen lagen vor. Tüchtige, langjährige Beamte mit den besten Zeugnissen hatten sich beworben. Die guten Kräfte blieben unberücksichtigt, während Sozialdemokraten, die keinerlei Kenntnisse hatten, berücksichtigt und angestellt wurden, darunter solche, in deren Bewerbungsschreiben orthographische und grammatische Fehler enthalten waren. Es bedurfte des energischen Einspruchs der Arbeitgeber, daß nicht solche genommen wurden, deren Bewerbungsschreiben von solchen Fehlern strotzten.

Vor circa zwei Jahren wurde ein Beamter namens Coura ohne Vorwissen der zuständigen Kommission und des Vorstandes angestellt. Es lag zur Zeit für die Anstellung von Kräfte kein Bedürfnis vor, wie sich der Kassierführer dem Vorsitzenden gegenüber selbst geäußert hatte. Als der Vorsitzende den Kassierführer Leyser wegen der Anstellung zur Rede stellte, sagte dieser: „Der Beamte Spiegel des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes kam zu mir und sagte: Siehe zu, daß du den bei der Kasse unter-

bringst. Coura war Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes; er fuhr ohne Vorwissen der Firma Krupp, bei der er beschäftigt war, zum Krankenkassenkongress nach Berlin und hatte dort in sozialdemokratischer Weise an der Krankenkasse der Firma Krupp Kritik geübt. Deshalb wurde er dort entlassen.“

Der Zeuge beendete weiter: „Im vorigen Jahre sollte ein Krankenkassenkontrollleur angestellt werden. Es lagen etwa 200 Bewerbungen vor. Die Kommission hatte das Material gesichtet, einige Bewerber hatten sich bereits vorgestellt und den Beifall der Kommission gefunden, zumal einer, der außerordentlich gut qualifiziert war. Dies war allerdings kein Sozialdemokrat. Es war einstimmig beschlossen worden, diese Leute dem Vorstände vorzuschlagen. Einer der sozialdemokratischen Vertreter jedoch verlangte in der Vorstandssitzung: es darf nur „einer von unsren Leuten sein“. Von der Zweidrittelmehrheit der Sozialdemokraten wurde dann auch selbstverständlich ein Sozialdemokrat gewählt, der zugleich Mitglied des Vorstandes der Kasse war. Bei einer anderen Gelegenheit, wo ebenfalls die Anstellung von einigen Beamten notwendig war, betonte der zweite Kassierführer, daß vor allen Dingen tüchtige Beamte genommen werden müßten, um die Kasse in der richtigen Art verwalten zu können. Auch da mußten wir einen Sozialdemokraten mit in den Kauf nehmen, der keinerlei Vorkenntnisse hatte.“

Die Frage des Beklagten, ob sozialdemokratische Angestellte innerhalb der Kasse einen Vorzug gegenüber Nichtsozialdemokraten genossen, beantwortete der Zeuge folgendermaßen: „Ja, Herr Leyser ist ein klassisches Beispiel dafür.“ Wenn andere Beamte nur ein Drittel dessen gemacht hätten, was Leyser sich erdreistet hat, dann wäre er fertig gewesen. Leyser sei in rechtswidriger Weise mit den Kassengeldern umgegangen. Als Vorsitzender der Kasse verlangte ich eine Kassenrevision und entdeckte, daß 5000 Mark in der Kasse fehlten. In den tiefsten Gründen einer Kassetten fand ich einige nichtssagende Blankoquittungen, z. B. „von Herrn Kassierer Fallbier 1000 M. erhalten, becheinigt Leyser,“ oder „für Herrn Leyser 1000 Mark erhalten zu haben, becheinigt Direkthofen“ (Schwager von Leyser. Red.). Nähere Belege fehlten vollständig, ebenso fehlte für die Auszahlung des Geldes die vorgeschriebene Anweisung des Vorsitzenden. Ich erbatete dem Gesamtvorstand über die Angelegenheit Bericht, doch wurde Leyser kein Haar gekrümmt. Jeder andere wäre seines Amtes sofort entsetzt worden. Weiter fehlten im Jahre 1909 in der Kasse des Krankenkassenverbandes 1700 M. Auch hier lag nur eine Quittung vor, die lautete: „1700 M. aus der Kasse erhalten zu haben becheinigt Leyser.“ Eine Anweisung des Vorsitzenden war ebenfalls vorhanden wie Belege für den Betrag. Ein ganzes Jahr hat diese faule Blankoquittung als Beleg vorgelegen. Nachdem der Antrag gestellt wurde, eine Kassenrevision vorzunehmen, bequente sich Leyser eine detaillierte Aufstellung über den Betrag zu machen. Verschiedene Kosten höchst sonderbarer Art fanden sich dort vor. So hieß es z. B. vier- bis fünfmal: „An Herrn so und so 100 Mark ausbezahlt, Leyser.“ Quittungen der Empfänger waren nicht vorhanden. Leyser mußte wissen, daß man bei einem so großen Kassenweien, wie das der gemeinsamen Ortskrankenkasse, Gelder nicht ausgeben darf, ohne Anweisung des Vorsitzenden und ohne ordnungsmäßige Belege. Weiter enthielt die Aufstellung Ausgaben persönlicher Art. z. B. „vier Wochen in Höl (Höl, ein Ort in unmittelbarer Nähe Düsseldorf), hat ein Gensungsheim der Kasse. D. N.) gewesen mit Nachtlois, pro Tag 15 M., und 6 Wochen in Höl gewesen ohne Nachtlois 10 M.“ Außerdem bezog Leyser sein Gehalt weiter und hatte freie Eisenbahnfahrt.

Der Zeuge erklärte mit allem Nachdruck, daß es unverantwortlich sei, mit den Geldern der Kasse, die doch von Arbeitern aufgebracht würden, so zu wirtschaften. Leyser hat keinerlei Berechtigung, solche Sätze zu nehmen. Einen anderen würde man sofort beim Fragen genommen haben. Die übrigen Vertreter des Vorstandes, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, erhielten bei gleichen Anlässen nur das Jahrgeld ersetzt.

Ein anderer sozialdemokratischer Beamter hatte den Verkauf der Familienbücher der Familienversicherung zu tätigen. Bei einer Kassenrevision stellte sich heraus, daß für die verkauften Familienbücher, was einen großen Betrag darstellte, kein Pfennig in der Kasse vorhanden war. Dem Beamten wurde nur aufgetragen, daß Geld in kurzer Zeit zu beschaffen.

Noch einen Fall brachte der Zeuge zur Sprache, wo der Einkassierer Kassengelder unterschlagen und die Kasse gefälscht hatte. Diesem, ebenfalls ein Sozialdemokrat, genaug auch nichts.

Bei der Frage des Vorsitzenden des Gerichts, was mit anderen, Nichtsozialdemokraten geschehen würde, wenn sie sich ähnliche Verfehlungen zuschulden kommen ließen, erwiderte der Zeuge, daß solche zweifellos an die Luft befördert worden wären. Weiter beendete der Zeuge auf Befragen des Beklagten, daß sämtliche Arbeitnehmer des Vorstandes Sozialdemokraten seien.

Der Zeuge Durcharz mußte auf die Frage des Beklagten zugeben, daß nach der Versammlung der christlichen Arbeiter, in der die belästigende Äußerung gefallen war, von Leyser eine Erklärung aufgegeben worden sei, nach der keine sozialdemokratische Propaganda bei der Kasse betrieben würde. Die nichtsozialdemokratischen Beamten sollten diese Erklärung unterschreiben, verweigerten dies aber einstimmig.

Der Zeuge Abteilungsleiter Beck, bereits seit 8 Jahren Beamter der Kasse, sagte aus, daß man sich wiederholt darüber unterhalten habe, daß weder bei Behörden, noch bei Privaten Leute mit solchen Kennt-

nissen bei einer Kasse angestellt worden wären. (Sozialdemokraten. Die Red.)

„Nach meinem Dafürhalten würde ein Zentrumsmann nie angestellt, wenn er nicht vorher Bureaubeamter gewesen wäre. Die nichtsozialdemokratischen Angestellten bei dieser Kasse sind sämtlich zuerst Bureaubeamte gewesen.“

Die Aufgaben des Zeugen kamen nur zögernd heraus. Der Vorgesetzte des Zeugen ist Leyser. Die Frage des Beklagten Noven, ob er (der Zeuge) sich beeinflusst fühle und ob seitens des Kassenführers Leyser nicht eine Äußerung gemacht worden sei, der Vorstand wäre sich einig, daß derjenige, der in diesem Prozeß „nicht richtig“ aussage, das Kassenlokal nicht mehr betreten dürfe, mußte der Zeuge mit „Ja“ beantworten. Der Vorsitzende sprach über diese Beeinflussung sein Mißfallen aus.

Der Verteidiger des Klägers erklärte daraufhin, nicht weiter die Vertretung führen zu können und legte sein Mandat nieder.

Seitens des Beklagten wurde nachgewiesen, daß die Bureauangestellten, ob sozialdemokratisch oder nicht, dem sozialdemokratischen Verbände der Bureauangestellten angehören, der wiederum den sozialdemokratischen Gewerkschaften angeschlossen ist. Die Mitglieder des Verbandes müssen Beiträge zum sozialdemokratischen Volkshaus, ebenso zum Mafseierfonds und dergleichen bezahlen. Ferner mußte der Zeuge zugeben, daß in der Kasse ein Rundschreiben zirkuliert hat, wonach die Beamten aufgefordert werden, Beiträge zum sozialdemokratischen Mafseierfonds zu bezahlen.

Dem Kläger Leyser wurde weiter nachgewiesen, daß er innerhalb des Kassenlokals sich sittliche Verfehlungen habe zuschulden kommen lassen, indem er, wie ein Zeuge bekundete, ein Frauenzimmer nachts in das Kassenlokal eingeschleppt hat.

Nach diesen Zeugenaußsagen klappte der Kläger Leyser förmlich zusammen. Auf dringendes Anraten des Gerichtsvorsitzenden zog er seine Klage mit Uebnahme aller Kosten und noch eines Extrahonorars für den Rechtsanwalt Novens zurück unter der Erklärung: „Nachdem die Beweisaufnahme die Richtigkeit der Behauptungen des Angeklagten ergeben hat, daß bei Anstellung der Beamten bei der gemeinsamen Ortskrankenkasse weniger nach der Qualifikation als nach der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei vielfach gesehen worden sei, daraußin nehme ich, der Privatkläger, die Privatklage, soweit sie sich hierauf stützt, zurück.“

Nunmehr hat die Aufsichtsbehörde die Sache zur weiteren Verfolgung in die Hand genommen, ferner hat, wie uns versichert wird, die Staatsanwaltschaft ein Vermittlungsverfahren eingeleitet.

Die Maßnahmen, die in der Reichsversicherungsordnung getroffen wurden, um sozialdemokratischen Mißbräuchen einen Riegel vorzuziehen, finden durch diesen Prozeß eine neue „glänzende“ Rechtfertigung.

Soziale Studentenarbeit.

Es ist eine schöne Aufgabe, die sich diese Bewegung gesetzt hat. Sie will den Studenten sozial interessieren, ihn vertraut machen mit dem Seelenleben des Arbeiters, mit dessen Ringen und Streben nach wirtschaftlichem und geistlichem Aufstieg. Nicht etwa durch theoretische Auseinandersetzungen, nein aus praktischen Erfahrungen heraus, durch Selbsterleben, in innigem Kontakt mit den arbeitenden Ständen soll der junge Student sich seine soziale Ueberzeugung bilden. Zu dem Zweck führt ihn, den Angehörigen einer andern Gesellschaftsschicht, den geistig Tätigen, die soziale Studentenbewegung zusammen mit dem Handarbeiter, mit dessen Organisationen wirtschaftlicher und ideeller Natur. So wird dann der betreffende Student ein Freund und Förderer unserer Ideen und Bestrebungen, zum mindesten aber wird er manches Vorurteil abstreifen und unsere Bewegung objektiver, gerechter beurteilen als so manche andere seiner Gesellschaftsschicht. Das alles ist zweifellos für die Zukunft unserer christlichen Arbeiterbewegung von größter Bedeutung. Umso mehr Veranlassung haben auch wir, mit Genugtuung und Freude die Entwicklung zu begrüßen, die diese Bewegung nach dem Jahresbericht des Sekretariates sozialer Studentenarbeit gewonnen hat.

Der Jahresbericht umfaßt die Tätigkeit des Sekretariates vom Herbst 1910 bis Herbst 1911. Der Bericht konstatiert starke Fortschritte der sozialstudentischen Bewegung. Organisationen und Arbeitsmöglichkeiten wurden vermehrt, ihre Wirksamkeit vertieft.

Ein geeignetes Mittel, die Studenten sozial zu interessieren, sind die lokalen Ferienvereinigungen. Die Zahl derselben stieg von 109 auf 193, und zwar wurden in den Herbstferien 1910 deren 54, in den Osterferien weitere 30 gegründet. Etwa die Hälfte davon betraf Süddeutschland, wo die Pfalz, Elsaß-Lothringen, Baden, Württemberg und Bayern vielfaches Neuland boten. Die Zahl der Veranstaltungen betrug in den Herbstferien 1910 157, in den Osterferien 1911 156, zusammen im Berichtsjahre 313. Die Gesamtzahl der bisherigen Veranstaltungen ist nunmehr 623. Die „Sozialen Ferienvereinigungen“ beschränkten sich an vielen Orten nicht mehr bloß auf Besichtigungen. Sie knüpften die Beziehungen zu den örtlichen sozialen Vereinen, veranstalteten heimatische Arbeiterkurse, Volksbildungsabende und Kunstausstellungen, regten Vinzenzarbeit an und suchten soziale Praktiker in ihren Kreis zu ziehen. So wird die Intensität der sozialen Einführungsarbeit gesteigert, das Besichtigungs- und Vortragswesen systematischer.

Die Gebiete, auf denen sich der Student praktisch sozial zu betätigen vermag, sind mannigfaltig. Da ist zunächst die Vinzenzarbeit, an der sich die Studenten recht rege beteiligt haben. Sie besteht hauptsächlich in

dem Besuch armer, durch Krankheit oder sonstige Schicksalsschläge in Not geratener Familien.

Ein neues Gebiet sozialer Studentenarbeit ist die Beteiligung an der Jugendgerichtshilfe. Die aktive Mitarbeit des Studenten kann da eintreten in erster Linie vor der gerichtlichen Verhandlung in Form von Erkundigung über Erziehung, häusliche Verhältnisse, Veranlagung, Vorleben, Ursachen und Bedeutung der Straftat u. a. m. Eltern, Seelsorger, Lehrer, Lehrherr und Dienstherrschaft sind aufzusuchen, und mit dem Delinquenten und den Eltern tritt er als Berater und Freund in Verbindung. Schriftliche Auskunft über seine Erkundigungen erteilt der Student an das Gericht. In der Gerichtsverhandlung tritt der Student dem Angeklagten als Helfer und Stütze bei. Nach der gerichtlichen Hauptverhandlung kann der Student sich nützlich machen in der Schulaufsicht; hier ist die wichtigste und schönste Arbeit in der Jugendgerichtshilfe zu leisten, und Studenten haben recht schöne Erfolge darin zu verzeichnen.

Erfreulicherweise findet das Bestreben des Studenten, sich auch auf dem Gebiet zu betätigen bei den Jugendgerichtshilfen viel Verständnis. Ein Anschreiben an 170 Jugendgerichtshilfen wurde von 76 beantwortet; 29 sprachen sich ausdrücklich für die Interessierung und Beteiligung Studierender aus. Eine grundsätzlich ablehnende Haltung tritt fast nirgends zutage.

Neben der Veranstaltung und Vermittlung sozial-studentischer Vorträge verdient dann auch die studentische Arbeiterkürsitätigkeit viel Beachtung. Diese Tätigkeit hat einen erfreulichen Aufschwung genommen. Neben die an 25 Hochschulen bestehenden semestralen Arbeiterkürse treten in wachsendem Maße heimatische Arbeiterkürse, die in der Ferienzeit abgehalten werden. In den Osterferien 1911 zählten wir bereits 53 Kürse, die in Anlehnung an zur Arbeitsgemeinschaft der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gehörige Volksorganisationen veranstaltet wurden. Für dieselben fanden in den Osterferien vier Konferenzen statt, in denen Tätigkeit, Programm und Arbeitsfragen erörtert wurden. Zur selben Zeit wurden besondere Hilfsbücher für Volksunterricht vom Sekretariat herausgegeben. Besondere Konferenzen von Nichtakademikern sowie Referate bei Veranstaltungen der Handarbeitenden sicherten den Arbeiterkürsen weitere Verbreitungsmöglichkeiten. Den Abschluß der heimatischen Arbeiterkürse bildeten in der Regel besondere Schlußfeiern, die häufig den Charakter eines Volksbildungsabends trugen. Gemeinsam mit den Kunstausstellungen bildeten sie den Ausgangspunkt bescheidener kultureller Mitarbeit im Volksganzen. Den bisherigen Kunstausstellungen in Münster und Kevelaer schlossen sich im Berichtsjahre drei weitere in Regensburg, Wien und Saarbrücken an. Sie umfaßten Bilder und Bücher und erfreuten sich regen Interesses.

Die Studenten suchen mittels der Ferienvereinigungen, Vinzenzarbeit, Arbeiterkürse, Volksbildungsabende und Kunstausstellungen mit dem örtlichen sozialen Vereinwesen in Fühlung zu kommen, weniger als Mitarbeiter durch Vorträge, denn als Zuhörer zum Lernen und Einfühlen. Theater, Turn-, Wander-, Bibliotheksreisen geben ihnen Gelegenheit zum aktiven Mitwirken.

Den stärksten Erfolg erzielten die Gemeinschafts- und die neu geschaffene Residenzarbeit. In den Herbstferien wurden vier Gemeinschaftsarbeiten in Köln, Düsseldorf und Stuttgart abgehalten, wobei je eine Gruppe von 10-15 Studenten, die im Gesellenhause für 10 Tage Wohnung nahmen, Einführung in praktische sozialcaritative Arbeit erhielt. Damit wurde das erste Hundert von Teilnehmern und die zehnte Gemeinschaftsarbeit erreicht, die Veranstaltung selbst nunmehr auch schon systematischer gestaltet. Die Gemeinschaftsarbeit in Stuttgart gab eine Einführung in die private und städtische Jugendfürsorge der Hauptstadt Württembergs.

Residenzarbeit wurde in den Herbstferien 1910 zum ersten Male für 25 Studierende durchgeführt. Das Ziel ist, den Studenten in die Arbeit sozialer Zentralstellen unter Mitwirkung von Praktikern einzuführen, in regen persönlichen Verkehr mit den leitenden Persönlichkeiten einzuführen und mit den Handarbeitenden in ihrem Milieu zusammenzubringen. In den Herbstferien 1910 und Osterferien 1911 gingen 44 Studenten in Residenzarbeit, in diesen Herbstferien nahmen 70 Studenten diese Arbeit auf. Als neue Arbeitsmöglichkeit ergab sich der Aufenthalt am Sekretariat sozialer Studentenarbeit in Verbindung mit Betätigung in den heimatischen Arbeiterkürsen usw. Zwei Enquêtes ergaben die Beschäftigung von Studenten bei Arbeitsnachweisinstituten; endlich eröffnete sich die Unterbringung in landwirtschaftlichen Betrieben nach skandinavischem und amerikanischem Muster. Wirksam hat sich für die Einführung in das Milieu der Handarbeitenden der Wanderaufenthalt in Gesellenhäusern erwiesen.

Neue Gebiete der Studentenfürsorge im engeren Sinne bot die Schaffung einer Wohnungskanzel auf Grund einer Enquete, indem empfehlenswerte Peime und Pensionen in den „Sozialen Studentenblättern“ bekanntgegeben wurden; ebenso wird nunmehr ein Verzeichnis von Personen geführt, die Studentenanzünfte erteilen.

Das Sekretariat hat nunmehr an seinem Sitze neuerdings eine soziale Studentenbursa geschaffen zur Aufnahme von Hilfsarbeitern während der Ferien am Sekretariat.

Die literarische Arbeit wurde auch bedeutend erweitert. Neben der Herausgabe der „Sozialstudentischen Blätter“, Auflage 5000, jährlich achtmal — für Teilnehmer unentgeltlich, für Studierende und Handarbeitende 1 M., für andere und Ausland 1,50 M. — erscheint eine „Sozialstudentische Korrespondenz“, um die Presse über unsere Bewegung zu orientieren, auf deren Unterstützung großer Wert gelegt wird. Eine Studentenbibliothek — bis jetzt drei Hefte umfassend — behandelt wichtige Fragen aus der Bewegung.

Der Bericht schließt mit folgendem Rück- und Ausblick: „Das Sekretariat sozialer Studentenarbeit“ kann somit auch in diesem Jahr auf eine reiche Tätigkeit und

auf gute Erfolge zurückblicken. Mit dem Fortschreiten der Bewegung ergaben sich neue Arbeitsfelder. Neue Probleme tauchten empor. Soll die innere, pädagogische und sittliche Vertiefung mit äußerer Ausbreitung Schritt halten, so liegen die Aufgaben des nächsten Jahres vor allem in der Vereinerung und Vergeistigung der Arbeitsmethoden. Neben der Einführung der von der Bewegung noch nicht ergriffenen Kreise bildet sie das Hauptgebiet künftigen Strebens, eine Aufgabe, die vom Sekretariat allein nicht gelöst werden kann, die die Mitarbeit aller erfordert, die in der Bewegung gestanden und die neue Wege gegangen sind. Nun stehen wir beim Edelmetall — nun heißt es schürfen! Daß uns auch hier die Mitarbeiter nicht fehlen und die gewonnenen Freunde ihre Kraft leihen, ist unser tiefster Wunsch. Möge Gott ihn segnen!“

Aus der Arbeiterbewegung.

Tabakarbeiter-Verbandsstag. Unsere Bruderorganisation, der Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands, hielt in der Zeit vom 13. bis 16. August seinen vierten Verbandstag in Herford i. W. ab. Zu der dem Verbandstag vorangegangenen Begrüßungsfeier waren an 600 Tabakarbeiter und christliche Gewerkschaftler anderer Verufe erschienen. Auch die geistlichen und weltlichen Behörden waren vertreten. So war der Oberbürgermeister der Stadt Herford, der Landrat von Minden und ein Vertreter des Landrates von Herford erschienen. Außerdem waren die evangelischen Geistlichen Herfords und die christlich-soziale, die konservativ und die nationalliberale Partei vertreten. Lic. Mumm, der bekannte warme Freund und Förderer der christlichen Gewerkschaften, war ebenfalls anwesend. Als Vertreter des Gesamtverbandes nahm Kollege Vogeljang an den Verhandlungen teil.

Aus dem Geschäftsbericht, den der Vorsitzende, Kollege Sammann, erstattete, ist zu entnehmen, daß der Verband in den letzten zwei Jahren große Fortschritte gemacht hat. Die Mitgliederzahl stieg vom Schlusse des Jahres 1908 bis Ende des Jahres 1910 von 5885 auf 7840. Auch das erste Vierteljahr 1911 brachte einen weiteren Zuwachs. Das Vermögen stieg bis zum Jahreschlusse auf 77000 M. Der Verband hat also trotz der nach Annahme des Tabaksteuergesetzes gegen ihn unternommenen Hege eine überaus günstige Entwicklung genommen. Neben einer systematischen, großzügigen Agitationsarbeit verdankt er diese Erfolge hauptsächlich der umsichtigen und energischen Vertretung der Interessen seiner Mitglieder während dieser Zeit. Ein besonderes Verdienst hat sich der Verband durch die Erringung einer Unterstützung für die durch die Tabaksteuer geschädigten Tabakarbeiter erworben. Diese staatliche Fürsorge ist im wesentlichen auf seine Arbeit zurückzuführen. Aber auch die richtige Durchsührung dieses Gesetzes ließ sich der Verband mit allen Kräften angelegen sein.

Trotzdem diese zwei abgelaufenen Jahre der Krise nicht besonders günstig für die Führung von Lohnbewegungen waren, gelang es, für 2268 Mitglieder, die an 101 Bewegungen beteiligt waren, einen Mehrerwerb von über 71000 Mark zu erzielen. 50 dieser Bewegungen wurden vom christlichen Verband allein geführt, während an weiteren 22 die Mehrheit seiner Mitglieder beteiligt hatte.

Der Verbandstag nahm eine Neuregelung und teilweise Verbesserung des Unterstützungswesens vor. Neu beschlossen wurde die Gewährung einer Wöchnerinnenunterstützung, auch wurde die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung erhöht. Die zwei unteren Beitragsklassen, 20 Pfg. für weibliche und 30 Pfg. für männliche Mitglieder, sollen allmählich aufgehoben werden. Neue Mitglieder werden in dieselben nicht mehr aufgenommen. Sämtliche Ortsgruppen sind außerdem verpflichtet, in Zukunft einen Lokalbeitrag von 5 Pfg. zu erheben, von dem 90 Proz. zur Bestreitung der Agitation in den einzelnen Bezirken abgeliefert werden müssen. Der Titel des Verbandes wurde wie folgt geändert: Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands.

Ueber Tabakindustrie und Tabakarbeiterchaft sprach Kollege Ködlich. Ueber Lehrverträge in der Zigarrenindustrie Ködlich-Vielefeld und über die Agitation unter den Jugendlichen und Arbeiterinnen Eichenlaub-Heidelberg. Alles in allem hat der Verbandstag der Tabakarbeiter sehr ergiebige und fruchtbringende Arbeit geleistet.

Evangelische Bergmannsvereine und christliche Gewerkschaften. Die in Vochum-Hamme tagende sehr gut besuchte Generalversammlung des evangelischen Knappensvereins Hamme nahm nach einem Referat eines Vorstandesmitgliedes folgende Resolution einstimmig an:

„Die heute in Hamme im Lokale Bergwerk tagende Generalversammlung des evangelischen Bergmannsvereins Hamme erkennt die Notwendigkeit einer starken christlichen Gewerkschaftsbewegung an und erklärt, daß nur durch die christlichen Gewerkschaften energisch und geschickt die Interessen der Arbeiter vertreten werden. Ganz besonders erkennt die Versammlung an, daß die christlichen Gewerkschaften auch wirklich auf neutralem Boden stehen und sich von keiner politischen Partei irgendwie beeinflussen lassen. Die Versammlung verpflichtet, mit allen Kräften für die Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften tätig zu sein und empfiehlt allen unorganisierten Mitgliedern den sofortigen Eintritt in den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter.“

Obgleich derartige Resolutionen zugunsten der christlichen Gewerkschaften in letzter Zeit immer häufiger werden, so sind die Genossen immer noch von Zentrumsgewerkschaften.

Sozialdemokratische Kampfweise. Die Straßburger soziald. „Freie Presse“ brachte in Nr. 164 folgende Notiz:

„Eine echt „christliche“ Tat in Aussicht. Wie der Bauunternehmer Kat. Rüd. aus Bilsweiler persönlich

mitgeteilt hat, hat sich die Leitung des christlichen Bauarbeiterverbandes bereit erklärt, die von dem Deutschen Bauarbeiterverbande gespendeten Bauten durch andere Arbeiter zu ersetzen. Wir glauben nicht, daß Herr Nitz die Unwahrscheinlichkeit gesagt hat. Ob sich unter den Mitgliedern wirklich welche finden, die einer solchen Parole der Leitung Folge leisten, mag die Zukunft lehren. Sollte es der Fall sein, so würde das den „Christlichen“ sehr ähnlich sehen. Es heißt also, die Augen offen halten, um diesen eb. Streich zu vereiteln.

Der Beamte des christlichen Bauhandwerkerverbandes wandte sich daraufhin an den ihm vollständig unbekanntem Herrn Nitz. Dieser erklärte das Ganze für einen Schwindel. Er habe dem Lokalbeamten des roten Verbandes in Straßburg, dem Genossen Renner lediglich erklärt: „Ich belomme schon Leute ohne euch.“ Der christliche Verband hat mit der ganzen Sache nicht das Geringste zu tun. Er hat sich um den Streik in Bischweiler nicht bekümmert, bis jetzt noch nie Agitationsversuche dort unternommen und folglich auch keine Mitglieder. Das Vorkommnis ist wiederum ein neuer Beweis, mit welcher Krumpellosen Mitteln unsere Gegner kämpfen.

Aus den Konsumvereinsverbänden. Wegen der Neutralitätsfrage in der Konsumgenossenschaftsbewegung ist es bekanntlich zu entschieden Auseinandersetzungen zwischen dem Organ des Zentralverbandes Hamburg einerseits und dem Verband westdeutscher Konsumvereine andererseits gekommen. Die von dem Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Hamburg hierbei ein über das andere Mal gegebenen Neutralitätsversicherungen vermochten den gegen diese Organisation erhobenen Vorwurf des Verstoßes gegen die Neutralität in keiner Weise zu entkräften, indem die von Hamburg aus geübte Praxis den Beweis dafür lieferte, daß der Zentralverband Hamburg mit der politischen Sozialdemokratie in mehr als einem Punkte liebäugelt. Ganz neuerdings tritt diese enge Beziehung beider Faktoren zueinander in die Erscheinung durch das gemeinsame Vorgehen von Zentralverband und sozialdemokratischen Gewerkschaften in bezug auf die sogenannte Volkspflege. Nur die freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften wurden für würdig gehalten, an der Einrichtung einer allgemeinen Volkerversicherung mitzuarbeiten.

So reiht sich beim Zentralverband Hamburg ein Verstoß an den anderen gegen die so notwendige und im Interesse der Konsumgenossenschaftsbewegung liegende Neutralität, ohne daß hierdurch allen, die sich nicht zu den Anschauungen der politischen Sozialdemokratie bekennen, die Augen geöffnet wurden. Zu diesen anscheinend „Nichtsehenden“ und „NichtHörenden“ gehört u. a. Kaplan Sassen, Mülheim (Ruhr), der sich herbeiließ, in dem Organ dieses sozialdemokratischen Tendenzen heidenden Zentralverbandes trotz und alledem eine Lanze für dessen neutralen Charakter zu brechen. Weite Kreise der christlich nationalen Arbeiterbewegung werden es nicht verstehen, wie gerade Kaplan Sassen, Mülheim (Ruhr), der sich mit Feuerzifer in seinem früheren Wirkungskreis

für die christliche Gewerkschaftsbewegung begeisterte, nun einen Verband propagiert, der die Ausschaltung der christlichen Gewerkschaften bis heute praktiziert hat. — Es hat den Anschein, als ob Kaplan Sassen seinen Freund, Geschäftsführer Schiffs, Stolberg, der mit seinem Konsumverein noch immer dem Hamburger Zentralverband angeschlossen ist, durch seine Beweisleistung decken wollte. In Verbindung mit der Verbandsleitung Hamburg hat Geschäftsführer Schiffs denn auch von dieser „Rechtfertigungsschrift“ entsprechenden Gebrauch gemacht und seinen Anwillen über den Prozeß des westdeutschen Verbandes gegen das Sassen'sche Vorgehen in einer auf der Verwaltungskonferenz am 31. Juli cr. in Stolberg gefaßten Resolution Ausdruck gegeben.

Gleich dem Zentralverband Hamburg benutzte auch der Allgemeine (Crüger'sche) Verband jede Gelegenheit, um dem westdeutschen Verbande das Leben sauer zu machen. Welcher Mittel derselbe sich hierbei bedient, geht aus den nachstehenden Äußerungen des Anwaltes Dr. Krüger auf dem 52. Genossenschaftstag in Stettin hervor:

„Vor dem Zentralverband Hamburg kann ich immer noch einen gewissen Respekt haben; es sind andere, aber ehrliche Anschauungen. Aber von einer Organisation wie der Schlack'schen kann ich nur mit Widerwillen sprechen. Sie hat keine Existenzberechtigung. Ihre Führer wollen nur eine Rolle spielen und nichts weiter.“

Der Verband westdeutscher Konsumvereine wird durch diese fortgesetzte Heze in seinen Erfolgen nicht aufgehalten, hat vielmehr neuerdings wieder den Uebertritt mehrerer Vereine aus dem Zentralverband und dem Allgemeinen Verbands zu verzeichnen und zählt heute bereits 95 Vereine zu seinen Mitgliedern.

Auf seinem am Sonntag, den 20. August in Düsseldorf stattgefundenen Einkaufstage nahm derselbe auf Grund eingehender Darlegungen seitens des Verbandesekretärs Braun, Mülheim (Ruhr) entschieden Stellung zu den oben geschilderten Vorkommnissen auf Konsumgenossenschaftlichem Gebiete. Es wurde eine Resolution angenommen, die besagt, daß es angesichts der vorstehend gezeichneten Tendenzen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine (Sitz Hamburg) Nicht eines jeden nicht-sozialdemokratischen Konsumvereinsmitgliedes sei, auf den Anschluß seines Vereins an den Verband westdeutscher Konsumvereine hinzuwirken. Weiter wird bedauert, daß in der christlichen Arbeiterbewegung stehende Personen durch ihr Verhalten dem Zentralverband Vorstoß leisten. Gegen die erfolgten persönlichen Angriffe einzelner dieser Personen auf den Vorsitzenden des westdeutschen Verbandes wird protestiert, wie auch gegen die wenig feine und unsachliche Kampfesart des Anwaltes des Allgemeinen Verbandes, des Herrn Dr. Crüger. Zum Schluß wird der erfolgte Uebertritt weiterer Vereine aus dem Allgemeinen und dem Zentralverband begrüßt und erklärt, daß man mit aller Energie an der weiteren Ausbreitung des Verbandes westdeutscher Konsumvereine arbeiten wolle.

Zur Organisation der Arbeiterinnen. Der diesjährige Jahresbericht der Generalkommission der „freien“

Gewerkschafter über die Entwicklung dieser Organisationen im Jahre 1910 im Korrespondenzblatt (Nr. 32) läßt erkennen, daß gerade die Organisation der Arbeiterinnen in den sozialdemokratischen Gewerkschaften starke Fortschritte gemacht hat. Betrug ihre Zahl im Jahresdurchschnitt 1909 133 888, so stieg sie 1910 auf 161 512 oder um 8 Prozent und dürfte heute noch höher sein. Die 161 512 weiblichen Mitglieder gehören folgenden Verbänden an: Textilarbeiter 39 524, Metallarbeiter 19 610, Fabrikarbeiter 19 213, Laborarbeiter 15 400, Buchbinder 12 308, Buchbinderhilfsarbeiter 8965, Schneider 8060, Handlungsgehilfen 6882, Schuhmacher 6443, Transportarbeiter 5321, Holzarbeiter 4354, Hutmacher 3584, Bäcker und Konditoren 2644, Kürschner 1413, Porzellanarbeiter 1313, Brauerei- und Mühlenarbeiter 913, Zigarrensortierer 862, Gemeindearbeiter 861, Sattler und Portefeutler 857, Lederarbeiter 854, Gastwirtschaftsgehilfen 801, Glasarbeiter 573, Blumenarbeiter 333, Bureauangestellte 189, Lagerhalter 119, Tapezierer 116, Hafenarbeiter 60, Fleischer 48, Maler 39, Gärtner 37, Steinarbeiter 9, Schmiede 4, Glaser 2 und Friseur 1. Dagegen hatten wir in den christlichen Gewerkschaften 1910 21 883 Arbeiterinnen organisiert gegenüber 20 182 im Jahre 1909. Wir haben ja in letzter Zeit speziell in unserem Verband einen erfreulichen Zuwachs an Arbeiterinnen zu verzeichnen. Von 8362 am 1. Januar 1910 ist die Zahl derselben auf 14 041 am 1. April 1911 gestiegen. Sommerhin darf auch dieser Erfolg noch lange nicht befriedigen. Entschiedene Arbeiterinnenagitation muß auch fernerhin unsere Losung sein.

Sozialdemokratie und Jugendbewegung. Diese ist der jüngste Zweig der sozialdemokratischen Parteiorganisation. Sie ist aber in freiem Wachstum begriffen. Das ergibt sich aus dem dieser Tage erschienenen Bericht des Parteivorstandes. Derselbe macht bezüglich der Mitgliedsziffern keine bestimmten Angaben, spricht aber von „gewaltigen Fortschritten“. Die Abonnentenzahl der „Arbeiter-Jugend“ gibt auch ein ungefähres Bild dieses Fortschritts, sie stieg von 45 000 im Jahre 1910 auf 65 500. Die Leser der „Arbeiter-Jugend“ verteilen sich auf 474 Orte. Die Zahl der Orte mit Jugendausschüssen ist von 360 auf 454 gestiegen. Jugendheime bestehen in 130 Orten. Die Einrichtungen derselben sind fast überall vervollkommen worden. Die Aufwendungen dafür sind teilweise recht erheblich. Die Gesamtausgabe für diese Jugendheime beträgt 44 091,79 M. Die Jugendausschüsse hatten eine Gesamteinnahme von 91 815,40 M. und eine Gesamtausgabe von 82 815,34 M. Zur besseren Durchführung der Aufgaben und Förderung einheitlicher Bestrebungen wird die Schaffung von Bezirksleitungen angestrebt. Die Zentralstelle hat eine Broschüre herausgegeben: „Die bürgerliche Jugendbewegung“, die in einer Auflage von 5000 Exemplaren erschien. Ein ebenfalls von der Zentralstelle herausgegebenes Flugblatt: „Der Kampf um die Arbeiterjugend“ ist in einer Auflage von 134 700 Exemplaren herausgegeben. So sehen wir also auch in bezug auf die Jugendbewegung in der Sozialdemokratie alle Kräfte bestrebt, dieser ein immer weiteres

Aus dem Berufsleben und der Gedankenwelt der Arbeiterinnen.

Lose Blätter, zusammengestellt von P. Kröh, Kaplan in Biersen.

Als eine große Wohltat wird es empfunden, das man im konfessionellen Arbeiterinnenverein, dem alle angehören, Gelegenheit findet, die mangelnden Kenntnisse zu erwerben. Bietet er doch auch eine Stütze in den mancherlei Gefahren, die sonst der Arbeiterin drohen. Hierüber schreibt eine zusammenfassend: „In der Fabrik kommt ein Mädchen mit anderen Arbeiterinnen zusammen; es hört so manches, was ihm vielleicht bis jetzt nicht zu Ohren gekommen ist, es sieht, wie einige roh und ausgelassen sind in ihrem Benehmen, und da sind für ein junges Mädchen die Gefahren groß, wenn es neben solchen Arbeiterinnen beschäftigt wird; denn von ihnen kann es nichts Gutes lernen. Wo soll nun ein Mädchen Hilfe und Schutz suchen gegen alle diese Gefahren? Da ist es in erster Linie der Arbeiterinnenverein, der uns Mädchen aufklärt über unsere Pflichten und über unser Verhalten bei der Arbeit; dort haben wir einen sicheren Halt und werden auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die uns drohen, und wie man sich dagegen schützen kann. Es kommt häufig vor, daß ein Mädchen durch die Fabrikarbeit das Interesse an der Hausarbeit verliert und auch wohl abends wenig Lust und Zeit dazu hat. Da ist es wiederum der Arbeiterinnenverein, der für die Mädchen einen regelrechten Haushaltungskursus abhält, wo ihnen Gelegenheit geboten wird, sich gründlich im Kochen auszubilden, auch kann man das Nähen und Bügeln erlernen. Eine Fabrikarbeiterin kann auch aus Sparen denken, denn wenn sie selbst später einen Haushalt gründet, muß sie doch Geld haben, um sich alles anzuschaffen zu können. Auch hierfür bietet sich reichlich Gelegenheit im Arbeiterinnenverein.“ Auch die Sorgen in der Familie gehen an der Arbeiterin nicht spurlos vorüber. Hierüber schreibt eine, die nach dem Tode der Eltern bei ihrer verheirateten Schwester ist: „Hier habe ich es sehr gut, was Kost und Behandlung angeht. Diese hat jedoch vier Kinder, und wo Kinder sind, hat man weder Ruhe noch Paß. Der nun einmal dabei ist, der hat auch mit die Mühen und Sorgen. Man leidet die Freude, aber auch das Leid, letzteres nicht am wenigsten.“ Ganz eigenartige und interessante Gedankenänge bietet die im Folgenden wörtlich wiedergegebene Arbeit, die zugleich eine Ergänzung zum Vorhergehenden enthält. Die am Schluß genannte Dame ist eine bekannte Schriftstellerin und Führerin in der Frauenbewegung, die kurz vorher einen öffentlichen Vortrag über die Frauenfrage gehalten hatte.

1. Welches sind die weiteren Schattenseiten meines Berufslebens?

Im ersten Aufzuge habe ich die Schattenseiten geschildert, insoweit sie die Fabrikarbeit betreffen, und jetzt will ich

einiges schreiben, welche persönliche Schattenseiten die Berufsarbeit mit sich bringt.

Da ist in erster Linie einmal die einheitliche Ausbildung. Da das Geldverdienen die Haupttriebkraft zur Uebernahme der Arbeit war, ist dieses auch der Grund, warum wir von vornherein uns für eine bestimmte Arbeit entscheiden mußten, um so durch eine bessere Ausbildung und Geschicklichkeit das Einkommen zu vergrößern. Diejenigen Mädchen, die heute dieses und morgen jenes tun, bringen es in keinem Maße zu etwas Ordentlichem. Solange man gesund ist, denkt man kaum darüber nach, aber wenn man älter oder durch Krankheit nicht mehr imstande ist, die Pflichten der Berufsarbeit zu erfüllen, treten einem die Schattenseiten der einseitigen Ausbildung so recht vor Augen. Den meisten Arbeiterinnen ist es ja nicht möglich, neben der Berufsarbeit eine andere Arbeit noch so gründlich zu erlernen, daß sie damit später ihren Lebensunterhalt in ausreichendem Maße bestreiten können. Könnten die Herrn Arbeitgeber sich nur dazu verstehen, wenigstens denjenigen Arbeiterinnen, die lange Jahre in ihrem Betriebe tätig sind und somit ihre besten Kräfte in ihrem Dienste verbraucht haben, für geringere Arbeitsleistung einen auskömmlichen Lohn zu gewähren.

2. Die Verrohung. Wenn die eben aus der Schule entlassenen Mädchen auf die Fabrik kommen, sind sie meistens sehr schüchtern. Aber das dauert nur einige Wochen und sie haben schon einen dreisten und frechen Ton angenommen durch das Beispiel der älteren Mädchen. Durch Klatschen, Streitreten jeder Kleinigkeit, zweideutige Nieder und Scherze wird das feiner Empfinden bei dem größten Teile der Arbeiterinnen gänzlich erstickt. Man merkt es an dem ausgelassenen Benehmen in der Fabrik und auf dem Wege. Besonders wenn man auswärts am arbeiten ist, kann man in dieser Beziehung manches erleben. Da werden über die mitführenden Personen allerhand anzügliche Bemerkungen gemacht und über Personen und Angelegenheiten aus der Fabrik in einem Tone geredet, der eher alles andere als schön ist. Es kommt ihnen aber nicht zum Bewußtsein, daß dieses unpassend ist. Sie wissen nicht, daß sie nicht nur sich selbst, sondern unseren ganzen Stand damit schaden.

3. Die geistige Ausbildung läßt auch noch viel zu wünschen übrig. Es wurde uns im Verein nenlich gesagt, die Arbeiterinnen müßten ihre geistigen Fähigkeiten ausbilden durch Lesen guter Bücher, durch Anhören von Vorträgen, durch Anstreben der Gedanken mit geistesverwandten oder besser gebildeten Personen. Das erste hängt ja nun meistens vom persönlichen Willen ab. Was das zweite Mittel angeht, so muß es ja anerkannt werden, daß in der letzten Zeit etwas mehr auf diesem Gebiete für uns getan wird. Vorträge halten und sie hören ist gut und schön, aber damit allein ist uns auch noch nicht gedient. Es muß uns auch die Möglichkeit geschaffen werden, das Gehörte in die Tat umzusetzen. Das ist auch besonders der Fall hinsichtlich des dritten Mittels. Ja, es ist ja richtig, daß ich zur Fabrik gehe, habe ich doch nicht manche mir in jeder Hinsicht geistesverwandte Arbeiterin getroffen. Geistesverwandtschaft ist viel vorhanden, aber in einer ganz anderen Sache. Dadurch ist mir die

Arbeit oft so widernünftig geworden, weil ich so wenig Verwandnis fand. Ich sagte nämlich mal zu einer Nachbarin, ich hätte schon furchtbar viel gelesen, auch mache ich jetzt einen Unterrichtskursus mit. Da gab sie mir zur Antwort: „Du wirkst noch ganz geistig, was hat das denn für einen Zweck für uns. Wenn wir nur zu arbeiten haben und das gut können, dann haben wir doch genug.“ Darauf sagte ich ihr: „Weil du keine Ahnung hast, darum sprichst du so.“ Was sollte ich ihr gesagt haben, daß wir nicht nur Arbeitstättere seien, sondern auch Seelenmenschen, die nach einem höheren Ideal streben müßten, sie hätte mich ja doch nicht verstanden. Ein andermal ließ ich im Weisem mehrerer Arbeiterinnen das Wort Seelenverwandtschaft fallen, da wurde ich von allen ausgelacht. Da kam mir unwillkürlich der Gedanke, ob auch wohl eine hier ist, die dich in dieser Hinsicht versteht. Gutes oder schlechtes Material, die Mode, Vergnügungen und am allermeisten die Bekanntschaften, das sind die Gesprächsstoffe, die tagaus tagein behandelt werden. Man braucht sich nicht zu wundern, daß es heute so viele unglückliche Ehen gibt und so viele Ehescheidungen vorkommen. Wie kann eine die Gattinnen- und Mutterpflichten erfüllen, die nichts im Kopf hatte als Ruß und Vergnügen. Sie glaubt ihre Pflicht voll und ganz erfüllt zu haben, wenn sie für die leiblichen Bedürfnisse nur gut sorgt. Daß sie auch an den geistigen Interessen ihres Mannes Anteil nehmen muß, was oft noch viel mehr verlangt wird, dafür hat sie gar kein Verständnis, sie bezeichnet dies oftmals als Blödsinn. Einmal sagte eine Frau zu mir: „Ich gehe lieber auf die Straße und sehe mir die Leute an, die vorbeikommen, da habe ich mehr von als von dem feinen Quatsch. Und dann kommt so eine Frau und beklagt sich, daß ihr Mann immer unzufrieden wäre, und sie ihm nichts gut machen könnte. Solche Frauen begreifen eben nicht, daß sie dadurch dem Manne das Heim verderben und sich selbst auch noch unglücklich machen. Wie da die Kindererziehung ausfällt, kann man sich leicht denken. Sie ziehen die Kinder auf, aber von Erziehung ist keine Rede.“

Was die besser gebildeten Personen anbelangt, wo sind sie zu finden? Es gibt ja auch in unseren Kreisen solche, aber leider nur wenige. Da kommen nur die Damen der besseren Stände in Betracht. Diese Leute halten es unter ihrer Würde, mit den Arbeiterinnen persönlich zu verkehren, weil sie glauben, in der Arbeiterin ein minder bewertetes Element zu sehen. Es ist ja nicht zu leugnen, daß manche Arbeiterin durch ihr ungezogenes Benehmen die Meinung dieser Leute noch verstärkt. Wären hier nur solche Frauen zu finden wie Frauenteil N., dann könnte man vertrauensvoll und ohne Scheu sprechen, in dem sicheren Gefühl, verstanden zu werden. Sie bedachte, daß wir in den Augen Gottes so viel gelten wie sie und nur durch die Verhältnisse geworden sind, was wir eben sind. Sie hatte ihre Kenntnisse nicht erworben durch oberflächliches Einsehen in die Verhältnisse der Arbeiterin, nein, sie hatte sich tief in den Geist der Arbeiterin hineingelebt, und darum richtete sie einen so warmen Appell an die Damen der besseren Stände, mitzuarbeiten an der Hebung der sozialen Lage der Arbeiterin.

Feld zu erobern und Waffen für die Verarbeitung unter der schulentlassenen Jugend zu schmieden.

Wie viele christlich organisierte Textilarbeiterinnen gibt es außerhalb Deutschlands? Auf diese Frage geben uns die Berichte über die jährlich stattfindenden internationalen Konferenzen christlicher Textilarbeiterorganisationen Aufschluß.

Die erste Konferenz dieser Art fand in Aachen am 29. Juli 1900 statt; es waren da 20 deutsche, 4 holländische und 4 belgische Textilarbeiter anwesend.

Anders war es im Jahre 1907, wo in Zürich ein Kongreß der Textilarbeiterorganisationen stattfand. Von den holländischen Delegierten wurde da betont, daß sie die Gründung von Arbeiterinnenvereinen, nach deutschem Muster, vollzogen und unterstützt hätten.

Am 31. März 1910 wurde wiederum ein Kongreß abgehalten und zwar in Mailand, da sich die italienische Bruderorganisation ebenfalls der internationalen Vereinigung angeschlossen hatte.

Bei der diesjährigen internationalen Konferenz, welche am 4. August in München stattfand, konnte folgender Bericht über die heute christlich organisierten Textilarbeiterinnen gegeben werden:

Table with 2 columns: Country and Number of members. Includes Germany (14,041), Austria (3,957), Belgium (2,040), Holland (700), and Italy (3,000).

Die Schweiz zählte 12,500 christliche Textilarbeiterinnen, die jedoch nicht einzeln organisiert, sondern als Mitglieder der konfessionellen Arbeiterinnenvereine korporativ der Gewerkschaft angeschlossen sind.

Warum die Sozialdemokraten gegen einen Krieg sind, an den übrigens, abgesehen von den professionellen Saboteurkatern, kein Mensch denkt, wurde in der Versammlung der roten Berliner Wahlvereine mit erschütternder Ehrlichkeit dargetan.

Sollte es dazu kommen, so werden wir es nicht bei Worten bewenden lassen, sondern zu Taten übergehen. Jedes Mitglied wird dann mit seiner Person einstehen müssen.

Friedenskundgebungen nicht mehr aus. Jedes Mitglied muß bereit sein und daran denken, daß die Organisationen nicht bloß Wahlvorbereitungsmaschinen sind, sondern Kampfeinheiten.

Mit diesem Geständnis einer schönen Seele, welches im Beisein von Stadthagen und Debebour riesigen Beifall auslöste, haben die wirklich vaterlandslosen Weissen die Scharfmachermühlen lustig zum Nauschen gebracht.

Gewerkschaftsgelder zu Parteizwecken. Die „freien“ Gewerkschaften scheinen sich zur Pflicht gemacht zu haben, die Partei bei den bevorstehenden Wahlen in weitgehendstem Maße zu unterstützen.

Table with 4 columns: No., Name of organization, Contribution, and Political affiliation. Lists organizations like Steinarbeiter, Bauarbeiter, Metallarbeiter, Bäcker, etc.

Aus dieser Statistik geht hervor, daß es die Sozialdemokratie ausgezeichnet versteht, auch jene, die zwar gewerkschaftlich, aber nicht politisch bei der Sozialdemokratie organisiert sind, zu zwingen, der Partei ihren Tribut zu zahlen.

Sozialdemokratischer Herrenkultus. Bei jeder Gelegenheit hört man von den Genossen, die Ehrung großer Männer sei eines denkenden Volkes unwürdig. Nicht die Großen drücken der Zeitgeschichte ihren Stempel auf, sondern umgekehrt schäufen die Zeitverhältnisse große Männer.

Zur Neutralität der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine. Der „Wörlitzer Anzeiger“ bringt in Nr. 196 einen Bericht über die Generalversammlung der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine.

War der erste Teil des Vortrages mehr wissenschaftlichen Charakters und reich an Beispielen auch aus der ausländischen Geschichte der Zölle, so kam im zweiten mehr der persönliche Standpunkt des Referenten zum Ausdruck, der lebhaft für den Freihandel eintrat.

Daß man in einer Gewerksvereinsversammlung objektiv über Zölle und Zollpolitik referiert, dagegen ist schließlich

nichts einzuwenden. Eine agitatorische Ausschächtung dieser Frage gegen einzelne Parteien aber und vor allem die direkte Aufforderung, keinem Freunde der Schutzpolitik seine Stimme zu geben, läßt sich höchstens mit den Neutralitätsbegriffen der S.-D. Gewerksvereine vereinbaren.

Aus unserer Industrie.

Textilwirtschaftliche Rundschau.

Wenn auch auf dem Textilmarkt — wie wir nachher sehen werden — kaum eine Besserung eingetreten ist, so hat der Arbeitsmarkt doch ein wesentlich anderes Gepräge im Juli gegen den Vormonat aufzuweisen.

Die Gesamtzahl der Arbeitsgesuche, die bei 762 Arbeitsnachweisen, welche an das Reichsarbeitsblatt berichtet haben, eingelaufen sind, betrug 2570 gegen 1115 im Vormonat.

Bei der ausgeführten Sachlage ist es auffallend, daß nach den an das Reichsarbeitsblatt berichtenden Krankenkassen sowohl im allgemeinen, als auch für die Textilindustrie eine Verschlechterung des Beschäftigungsgrades zu verzeichnen ist.

Nach den Angaben von 462 Betriebskrankenkassen aus der Textilindustrie mit 92826 männlichen und 109064 weiblichen Mitgliedern ergibt sich am 1. August gegen den 1. Juli eine Abnahme von 405 männlichen und 1369 weiblichen Mitgliedern.

Baumwollmarkt

Ist seit dem letzten Bericht kaum eine Aenderung eingetreten. Der Preis der Baumwolle ist infolge der optimistischen Hoffnungen, die man auf die neue Ernte hegt, kaum gestiegen — von einzelnen kleinen Schwankungen abgesehen.

Von Zeit zu Zeit tauchen immer wieder Nachrichten von beabsichtigten Betriebsbeschränkungen auf. Wir lassen es dahingestellt, ob diese nur zur Stimmungsmache in die Welt gesetzt werden, Tatsache ist, daß bis jetzt solche planmäßig noch nirgends durchgeführt worden sind.

Aus dem W. Gladbacher Industriebezirk wird zwar eine kleine Besserung der Baumwollspinnereien gemeldet — es beginnt hier bereits die im dem starken Fallen der Baumwollpreise begründete Hoffnung seinen Fuß zu fassen, daß nun doch endlich eine dauernde Besserung eintreten werde.

Eine Nachricht des Reichsanzeigers beweist, daß man eifrig bemüht ist, die Baumwollkultur in unseren Kolonien zu pflegen — sie bezieht sich auf Kamerun, wo die Baumwolle wild oder von den Eingeborenen angepflanzt in beschänktem Maße vorkam. Sachverständige sollen nun das Gebiet auf seine Ergiebigkeit hin erforschen. Um die Anfänge, die vorhanden sind, zu unterstützen bezw. in die richtige Bahn zu leiten, hat das Gouvernement gewisse Vorschriften erlassen.

Der Wollmarkt

hat in Deutschland seit unserm letzten Bericht keine Veränderung erfahren. Der Handel in ausländischen Wollen lag ganz darnieder, der in inländischen hat sich etwas gehoben. Aus England wird eine kleine Aufwärtsbewegung des gesamten Wollmarktes gemeldet, besonders sind die Wollkammereien stärker beschäftigt. Die Wogtländische Kammgarnindustrie meldet eine kleine Abchwächung des Geschäftes, doch laufen vom Ausland vermehrte Aufträge ein, während die inländischen Verbraucher zurückhalten. Das Wintergeschäft für diese hat noch nicht in vollem Umfange eingeleitet. Aus dem Chemnitzer Industriebezirk lauten die Nachrichten nicht immer einheitlich. Tatsache ist ja nun, daß die Ausfuhr durch die Payne-Bill von 1909 besonders nach Amerika stark zurückgegangen ist. Sie betrug an baumwollenen Handschuhen im zweiten Quartal d. J. 239 137 Duzend im Werte von 315 053 Dollars, in der gleichen Zeit 1910 dagegen 389 066 Duzend im Werte von 538 933 Dollars. Baumwollene Strümpfe sanken von 766 506 Duzend im Werte von 1 059 791 Dollars im zweiten Quartal 1910 auf 498 502 Duzend im Werte von 646 681 Dollars im gleichen Zeitraum 1911. Was wir an anderer Stelle wiederholt ausgeführt haben, gilt gerade für die Chemnitzer Industrie. Sie ist darauf angewiesen, andere aufnahmefähige Märkte zu finden, die den Ausfall, den die Ausfuhr nach Amerika erleidet, absorbieren — zu einem Teil ist ihr das besonders durch die Erschließung des Orients schon gelungen.

Die Webereien für Möbelstoffe klagen allgemein über schlechten Geschäftsgang.

Einen bedeutenden Vorgang haben wir in einer nur noch der Zustimmung der Aktionäre bedürftigen Fusion zu sehen. Eine Anzahl von Fabriken in Berlin, welche jogen. englische Wollwaren fabrizieren, haben sich zusammengeschlossen. Man spricht von einem Berliner Wolltrüpf, der sich auf diese Weise gebildet habe. Die näheren Details des Vertrags sind mir noch nicht bekannt, sobald sie veröffentlicht werden, sollen sie hier Erwähnung finden.

Der Futemarkt

hat seit unserm letzten Bericht eine nennenswerte Veränderung nicht erfahren. Die Abwärtsbewegung der Preise hält bei geringer Nachfrage an. Die Gründe hierfür haben wir das letzte Mal u. a. darin gefunden, daß die Ernteausichten bei einer erheblich größeren Anbaufläche günstig seien. Nunmehr wird gemeldet, daß die neue ostindische Ernte mindestens das Quantum vom letzten Jahr mit 8 Mill. Ballen erreicht; wahrscheinlich aber übertrifft sie diese.

Aus der

Leinenindustrie

wird allenthalben große Ruhe berichtet, was zum größten Teil auf die Jahreszeit zurückzuführen ist. Flach- und Berggarne wurden zwar lebhafter gefragt, und die Preise sind etwas in die Höhe gegangen, aber die Verbraucher halten sehr zurück. Die Webereien haben nur ein geringes Geschäft aufzuweisen. Aus den Berichten zu schließen, wird unsere Leinenindustrie im nächsten Jahr günstige Voraussetzungen haben. Leinen wird stark gefragt sein, ohne daß aber die Ernte der Rohstoffe eine besondere Vermehrung aufweist. Die Saaten stehen zwar größtenteils günstig, doch ist die angebaute Fläche die gleiche geblieben wie im Vorjahr.

Die Tüllindustrie

liegt nach wie vor infolge der herrschenden Ueberproduktion, welche die Preise sehr gedrückt hat, schwer darnieder. Ueber die Lage der Spitzen- und Stidereiindustrie hören wir Widersprechendes. Die einen Fabriken sind mit dem Geschäftsgang zufrieden, die andern klagen über ruhige Zeit und niedrige Preise.

In der

Seidenindustrie

hat sich der schon so lange sehnächtig erwartete Aufschwung immer noch nicht eingestellt. In Italien besonders ist von einer Belebung nichts zu merken.

Die Kunstseide nimmt in unserer Seidenindustrie eine immer noch steigende Bedeutung ein. Sie hat besonders bei der Krawatten- und Bandindustrie Verwendung gefunden. Die Textilindustrie Sachsens, die doch so sehr auf den Export angewiesen ist, hat sich ihrer in immer größerem Umfang bedient. Der Bezug des billigen Rohstoffes ist speziell für sie fast eine Lebensfrage geworden. Nun haben die vereinigten Kunstseidefabriken Frankfurt a. M. und der Zentralverband deutscher Industrieller Engagen an die maßgebenden Stellen wegen einer beträchtlichen Erhöhung des Kunstseidenzolles gerichtet. (Dieser beträgt jetzt 30,60 und 90 M.) Dagegen haben der Verein deutscher Seidenwebereien und die Handelskammer Freyfeld protestiert. Die Gründe sind in dem oben Gesagten enthalten. Wir halten es für ausgeschlossen, daß die Reichsregierung vor Ablauf der Handelsverträge auf diesem Gebiete etwas unternimmt. Immerhin ist das Bestreben der Rohstoffproduzenten beachtenswert. — Es tut sich hier ein Gegenatz auf in wirtschaftspolitischen Fragen innerhalb derselben Industrie, der auch anderwärts schon beobachtet wurde, es ist kein Zufall, daß der Zentralverband sich so liebeduill um diese Frage annimmt; platonische Liebe ist es sicher nicht, die ihm sein Handeln diktiert.

Aus dem Verbandsgebiete.

Achtung! Verlegung der Zentralkasse. Achtung!

Verlegung der Zentralkasse.

Die Zentralkasse befindet sich vom 15. Sept. ab: **Düsseldorf 56, Kavalleriestraße 22, Fernsprechnummer 4423.**

Auf den vorgedruckten Couverts und den anderen Druckfachen möge vom 15. Sept. an die alte Adresse durchgestrichen und an deren Stelle die neue geschrieben werden.

Die Zahlkarten für unser Postcheckkonto können weiter benutzt werden. Änderungen des Vordrucks auf dem Hauptteile der Zahlkarten dürfen nicht vorgenommen werden.

An die Ortsgruppenvorstände!

Der nächsten Zeitungsendung wird ein Bericht des Generalsekretariats der christl. Gewerkschaften über die Tätigkeit der Ortskartelle im Jahre 1910 beigelegt. Den Ortsgruppenvorständen obliegt die Pflicht, diesen Bericht im Vorstand einer eingehenden Besprechung zu unterziehen.

Mit kollegialem Gruß!

Die Geschäftsstelle.

Zur Frage der Lokalbeiträge.

Der Ruf nach Stärkung der Zentralkasse hat in Mitgliederkreisen ein lebhaftes Echo geweckt, das in allen Tönen die Notwendigkeit einer solchen Stärkung zurückerst. Gründe sind hier schon genügend angegeben worden, so daß diese hier wohl übergangen werden können. Ueber die Wege, die gegangen werden sollen, ist man sich nicht einig, was auch weiter nicht verwunderlich ist, weil wir noch in den Anfängen der Diskussion stecken.

Eine allgemeine Beitragserhöhung könnte auch ich nicht empfehlen: Wie aus der letzten Abrechnung vom ersten Quartal 1911 ersichtlich, bezahlten 23 094 männliche und 12 485 weibliche Mitglieder ihren Pflichtbeitrag 40 bzw. 30 Pfg. wöchentlich. Dagegen waren es 3965 Mitglieder, die freiwillig einen höheren Beitrag zahlten. Unsere Mitgliederzahl betrug 44 429. Wir würden also rund 40 000 Mitglieder zu einer Beitragserhöhung zwingen müssen. Ob das ratsam ist, möchte ich stark bezweifeln. Auf der Augsburger Generalversammlung wurden rund 32 000 Mitglieder zu höheren Beiträgen verpflichtet, und das Resultat war ein Sinken der Mitgliederziffer um annähernd 10 000. Allerdings spielten da auch andere Momente mit, wie Niedergang der Konjunktur, unrichtige Führung der Mitgliederlisten usw. Wir können aber zum wenigsten einen Verlust von 5000 auf das Konto der Beitragserhöhung buchen. Werden nicht andere Maßregeln ergriffen, dann würden auf einer neuen Generalversammlung, die sich mit Beitragserhöhung befassen müßte, die Verhältnisse noch schwieriger liegen zwischen höheren, freiwilligen und Pflichtbeiträgen. Zwar ist die gewerkschaftliche Versicherung weiter gedrungen und vielerorts hat der Organisationsgedanke tiefer Wurzel geschlagen, aber andererseits ist auch zu bedenken, daß unsere heutigen Beiträge viel mehr dem Wohne der Textilarbeiter entsprechen, wie damals. Damit will ich allerdings nicht sagen, daß es höher nicht mehr geht, im Gegenteil, ich bin der Ansicht, daß noch mancher höhere Beiträge zahlen könnte.

Immerhin würden wir mit einem größeren Mitgliederverlust zu rechnen haben und eine ganze Masse Geld, welches für die Agitation verwendet wurde, wäre weggeworfen. Heutzutage geht der Zug ins Große und wir müssen deshalb Massen sammeln, um unsern Einfluß zu erhalten und zu stärken. Solches geht aber nicht an, mit fortwährendem Herumexperimentieren auf dem Gebiete des Beitrags. Eine Zeit der Ruhe und Stetigkeit muß endlich kommen.

Wir müssen auch bedenken, welche Anforderungen an den Einzelnen gestellt werden. Verbandsbeitrag, Arbeitervereinsbeitrag, bei vielen Parteibeiträge, Haltung einer Tageszeitung und sonstiger politischer oder sozialpolitischer Zeitschriften, welche aber alle bezahlt werden müssen. Die Entwicklung geht auch dahin, daß in allen größeren Bezirken die Gründung von Kartellen in die Wege geleitet wird, was wiederum Geld erfordert. Dabei ist zu berücksichtigen, daß besonders auf dem Lande mehrere Mitglieder in einer Familie sich befinden, und so würde eine allgemeine Beitragserhöhung für diese eine starke geldliche Belastung darstellen.

Die Zentralkasse soll nun gestärkt werden durch Einführung von Lokalbeiträgen. Der Weg ist gangbar, nur muß einiges berücksichtigt werden. Man überspanne auch hier nicht den Bogen, lassen wir der Sache eine Entwicklung. Greife man nicht überall zu 5 Pfg. wöchentlich und man lasse die Jugendlichen überhaupt frei. Dann weiter: auch hier eine gewisse Einheitlichkeit. Ortsgruppen, die für sich ein abgeschlossenes Ganze bilden, mit andern nicht viel in Berührung kommen, handeln auch möglichst für sich in der Festsetzung des

Betrages. Dagegen die Ortsgruppen, deren Mitglieder viel untereinander arbeiten, räumlich nahe zusammen wohnen und ganz besonders diejenigen, die einem Lokalsekretariat angegeschlossen sind, müssen einen einheitlichen Lokalbeitrag erheben. Dann wird es möglich, die Prozente der Ortsgruppen zu kürzen, vielleicht um 5 oder 7%, und hat eine Entwicklung stattgefunden von einigen Jahren, dann können schließlich die gesamten Beiträge abgeführt werden. Fallen nur wir nicht von einem Extrem ins andere; einmal Erhöhung, ein andermal radikale Aufhebung der Prozente.

Um die Belastung der Zentralkasse einigermaßen zu mildern, könnten auch mal die Ortsgruppenkassen herangezogen werden, indem sie 50% ihres Bestandes hergäben als Ausgleich für den münsterländischen Kampf. Dagegen werden Bedenken geltend gemacht werden, besonders die, daß nun die Sparfamen für die weniger Sparfamen mit blechen sollen. Zugegeben, daß in einzelnen Ortsgruppen nicht sparsam genug gewirtschaftet wird, ob man das aber am Massenbestande beurteilen kann, möchte ich stark bezweifeln. Es spielen so viel Momente mit, daß man nicht leichtfertig urteilen sollte. Das Geld hat in den Ortsgruppenkassen nicht die Bedeutung für den Verband, das es haben könnte. Mit starken Ortsgruppenkassen können wir den Arbeitgebern nicht imponieren.

Zur Stärkung der Zentralkasse möchte ich noch einen andern Vorschlag machen. Wir wollen unsere Unterstützungen nicht kürzen, wenigstens nicht allgemein und direkt. In der Arbeitslosenunterstützung ließe sich jedoch etwas abknipfen und zwar so, daß wir nur noch Arbeitslosenmarken verwenden für die Zeit nach der Unterstützung. Solange die Unterstützung dauert, müßte auch der Wochenbeitrag entrichtet werden. Bei der Krankenunterstützung möchte ich dies nicht antaten, weil hier eine siebentägige Karenzzeit besteht und in solchen Fällen in den Familien so wie so schon größere Kosten entstehen. Ich bin mir gewiß, daß durch diesen Vorschlag manche Markt gerettet würde, die dem Kollegen zu opfern auch nicht schwer fallen würde, wenn er sie beim Unterstützungsempfange direkt bezahlen müßte.

Ferner möchte ich noch empfehlen, mehr Propaganda für höhere freiwillige Beiträge zu machen. Ich bin überzeugt, daß viele Vorstände nicht in der richtigen Art unsere Abrechnungen studieren, sonst müßten diese ein anderes Resultat aufweisen. Es gibt Ortsgruppen, die ihrer Mitgliederzahl nach einen guten Prozentjah in den höheren Klassen haben und schönes leisten; dagegen zeigen andere, daß sie nichts tun in der Sache. Wie wollen solche Vorstände Beitragserhöhungen und Lokalbeiträge ohne Verluste durchzuführen, wenn sie selbst es nicht für nötig finden, mit einem guten Beispiele voranzugehen? Es gibt Ortsgruppen, wo nur ein kleiner Bruchteil der Mitglieder höhere Beiträge zahlt, dagegen 90 an der Zahl, wo selbst die Vorstandsmitglieder nicht mal einen höheren Beitrag zahlen. Die wollen andere begeistern!

Zugegeben, daß unter diesen Ortsgruppen etliche sein mögen, denen ein solches unmöglich ist, wenigstens vorläufig. Aber wo bleiben die andern? Es sind viele Ortsgruppen darunter, in denen die Verhältnisse gleichgeartet sind, wie in denen mit höheren Beiträgen, es wird aber auf diesem Gebiete nichts geleistet werden, wenn die führenden Personen nicht bei sich selbst zuerst anfangen.

Im kommenden Herbst und Winter möge man allenthalben neben der Agitation zur Gewinnung von Mitgliedern mit einer energischen und planmäßigen Agitation für die höheren Beitragsklassen einsetzen, damit hier Wandel geschaff wird. Am besten eignen sich hierzu kleinere Bezirksversammlungen in den einzelnen Ortsgruppen, zu denen die Mitglieder per Karte eingeladen werden. Der Erfolg wird sicher nicht ausbleiben und wir stärken dadurch die Zentralkasse, ohne Mitgliederverluste befürchten zu müssen. Daneben haben wir den Vorteil, einen Stamm Mitglieder zu erhalten, der uns bei einer späteren durchzuführenden Beitragserhöhung die Sache wesentlich erleichtert.

Breyell.

Heinr. Görz.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

Sennheim (Ober-Elsas).

Unüberlegt in Streik getreten sind die Spinner, Ansezer und Aufstecker der Firma vorm. Groß u. Co., Kammgarnspinnerei in Sennheim. Die Belegschaft war vorigen Herbst bereits, ohne organisiert zu sein, in einen unvorbereiteten Kampf getreten. Damals hatte ein rigoroses Strafsystem die Arbeiterchaft zu diesem Schritt getrieben. Nach mehrtägigem Streik versprach die Firma eine mildere Handhabung der Strafen. Die Arbeiter, die sich mittlerweile fast alle dem sozialdemokratischen Verbands angegeschlossen hatten, nahmen darauf die Arbeit wieder auf. Die Ursache des jetzigen Streiks liegt in der Bestrafung zweier Spinner wegen fehlerhafter Arbeit. Nach Angabe der Arbeiter ist diese auf das schlechte Material zurückzuführen, das sie zu bearbeiten haben. Die Arbeiter befürchteten angesichts der verhängten Strafen ein Wiederaufleben des früheren Strafsystems. Sie erklärten sich mit den beiden Spinne solidarisch und verlangten die Zurücknahme der Strafen. Auf die Weigerung der Betriebsleitung hin traten die Arbeiter,

hac vorher mit der Verbandsleitung Rücksprache genommen und ohne den Zentralvorstand in Kenntnis gesetzt zu haben, am Mittwoch, den 23. August, in Streit. Von den insgesamt etwa 110 am Streit beteiligten Arbeitern sind zirka acht bei uns, die übrigen fast alle im sozialdemokratischen Verband organisiert. Die Leute haben sehr übereilt gehandelt, zumal auch die dem sozialdemokratischen Verband angehörenden Arbeiter die zum Bezug der Streitunterstützung vorgeschriebene Karenzzeit noch nicht zurückgelegt haben. Der Kampf war indeß nur von kurzer Dauer. Nach drei Tagen wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Der Erfolg ist der, daß die Firma — genau wie beim letzten Streit — versprach, daß etwas geschehen solle. Sie will einen neuen Tarif ausarbeiten. Hoffentlich warten die Arbeiter nicht vergebens.

Weiskau b. Ravensburg.

Erfolgreiche Lohnbewegung. Nachdem die Arbeiter der Bleicherei, Färberei und Appreturanstalt Weiskau bereits im Frühjahr eine Lohnhöhung erhalten haben, können sie jetzt abermals auf einen schönen Erfolg zurückblicken. Auf eine Eingabe, welche die christlich organisierten Arbeiter um Verbesserung der Löhne an die Firma einreichten, wurde von dieser eine Erhöhung von 2 Pfg. pro Stunde bewilligt. Für Ueberstunden wird in Zukunft ein Zuschuß von 10% bezahlt. Unter Hinterrückrechnung der im Frühjahr eingeführten Lohnhöhung beträgt die Gesamterhöhung für die meisten Arbeiter 40 Pfennig pro Tag. Wenn man bedenkt, daß in diesem Betriebe von etwa 80 Arbeitern und Arbeiterinnen nur 21 organisiert sind, so bedeutet das für die betr. Arbeiter einen schönen Erfolg, mit dem alle Beteiligten wohl zufrieden sind. Mit der Firma wurde ein Vertrag mit einjähriger Gültigkeit abgeschlossen.

Aus unseren Bezirken.

Bezirk Württemberg.

Unsere Bezirkskonferenz fand am 13. Aug. in Göppingen statt. 9 Ortsgruppen hatten Delegierte entsandt, 2 Ortsgruppen schickten, auch mehrere Kolleginnen waren anwesend. In Vertretung des Zentralvorstandes war der Kollege Camps aus Münster erschienen.

Aus dem Geschäftsbericht, welcher von Bezirksleiter Kammerer erstattet wurde, war zu ersehen, daß sich die Mitgliederzahl im Geschäftsjahr nahezu verdoppelt hatte. Im ersten Quartal war noch ein kleiner Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen, in den drei folgenden Quartalen dagegen begann eine langsame aber stetige Steigerung der Mitgliederzahl, welche auf eine Befundung der Organisationsverhältnisse hinweist. Drei neue Ortsgruppen konnten gegründet werden.

Was die Massenverhältnisse anbetrifft, so weisen auch diese eine Besserung auf, der Bezirk bedurfte jedoch auch in diesem Jahre zur Bekämpfung der Unterstützungen und der geschäftlichen Ausgaben eines Zuschusses aus der Zentralkasse, auch einzelne Ortsgruppen hatten Zuschüsse notwendig zur Bekämpfung ihrer Ausgaben.

Es folgte nun eine ausführliche Berichterstattung der Delegierten, welche mit der agitatorischen Tätigkeit des Bezirksleiters zufrieden waren. Im Verlaufe dieser Aussprache wurde vor allem hervorgehoben, daß in nächster Zeit darauf hingearbeitet werden müsse, die Einnahmen so zu gestalten, daß man möglichst unabhängig von der Zentralkasse werde.

Kollege Camps referierte sodann über das Thema: „Die Lage unseres Verbandes und unsere nächsten Aufgaben.“ In der folgenden Diskussion sprachen sich sämtliche Redner dafür aus, daß angesichts der großen Leistungen, welche in Zukunft von unserer Zentralkasse verlangt werden, eine weitere Stärkung derselben ins Auge gefaßt werden müsse. Somit ergab auch diese Aussprache und die nachfolgende Abstimmung, daß die Delegierten auf der Höhe standen und den Bedürfnissen der Zeit Rechnung tragen wollen.

Kollege Krug von Stuttgart hielt nun ein Referat über die bevorstehende Herbst- und Winterarbeit, das von den Delegierten in zustimmendem Sinne entgegengenommen wurde.

Der Bezirksleiter konnte in seinem Schlußwort darauf hinweisen, daß die geistige Schulung der Mitglieder Fortschritte zu verzeichnen habe und mit herzlichsten Dankworten an alle, welche mitgewirkt hatten, schloß er mit einem Hoch auf den Verband die Sitzung.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Wedburg. Es waren zwei aktuelle Fragen, die in unserer öffentlichen Versammlung vom 20. Aug. behandelt wurden. Nach einer kurzen Begründung der Versammlung durch den Kollegen Helfenstein referierte unser Redakteur Kollege Heutmann-Düsseldorf über die Reichsversicherungsordnung. Kollege Fischer-Düsseldorf sprach über die Weltanschauung im wirtschaftlichen Kampfe. Beide Redner ernteten lebhaften Beifall. Kollege Helfenstein schloß die Versammlung mit einem packenden Schlußwort.

Forst (Wauß). In Nr. 33 brachten wir eine Kritik der Zustände in der Ortskrankenkasse der Fabrikarbeiter unter Anführung eines bestimmten Falles. Dazu sandte uns nun die Verwaltung der Kasse nachstehendes Schreiben:

„In Nr. 33 Ihres Blattes bringen Sie unter der Rubrik „Berichte aus den Ortsgruppen“ einen, die unterzeichnete Kasse betreffenden Artikel, welcher nicht den Tatsachen entspricht. Wir bitten um Verichtigung in einer der nächsten Nummern Ihres Blattes. Der Sachverhalt ist folgender: Die in Frage kommende Weberin Frau Sch. meldete sich infolge eines angeblich am 7. April cr. erlittenen Betriebsunfalls krank und erwerbsunfähig. Diese Tatsache wurde entsprechend dem § 76 b des R.-V.-G. der zuständigen Berufsgenossenschaft gemeldet. Ein Bescheid der Berufsgenossenschaft vom 15. Mai 1911 ließ es zweifelhaft erscheinen, ob ein Betriebsunfall vorliegt. In einer erneuten Zuschrift vom 1. August d. J. wurde uns von der Berufsgenossenschaft mitgeteilt, daß der angebliche Unfall der Frau Sch. noch immer nicht als Betriebsunfall anerkannt werden kann, und daß das Ermittlungsverfahren noch schwebt. Trozdem haben wir durch Vermittlung der hiesigen Aufsichtsbehörde der Frau Sch. den Unfallzuschuß gewährt, obgleich wir nach der Auskunft der Berufsgenossenschaft dazu gar nicht verpflichtet werden konnten, ja sogar das zu tun gar nicht berechtigt waren. Das von uns gelebte Entgegenkommen kann uns allerdings zum Vorwurf gemacht werden. Die weiter im Artikel gestellten Schlussfolgerungen treffen durchaus nicht zu, da wir ja nach jeder Seite hin bestrebt sind, die Rechte der Mitglieder zu wahren. Als Beweis führen wir die eine Tatsache an, daß seit Jahren irgend eine Beschwerde gegen die Kasse nicht geführt worden ist.“

Zu dieser Verichtigung bemerkt unser Gewährsmann folgendes: „In der Verichtigung heißt es: Die in Frage kommende Weberin Sch. meldete sich infolge eines angeblich am 7. April cr. erlittenen Betriebsunfalles am 8. April krank und erwerbsunfähig. Tatsache ist: Auf dem Krankenlattenbuch heißt es unter der Rubrik: „Viegt Betriebsunfall vor?“ „Ja“. Tatsache ist ferner, daß die Frau von einem Beamten der Krankenkasse zum sozialdemokratischen Arbeitersekretariat geschickt wurde. Ferner ist wahr, daß man der Frau, ehe dieselbe vom behandelnden Arzt für arbeitsfähig erklärt worden war, das Krankenbuch zurückbehielt und nur auf dringendes Verlangen derselben das Buch wieder ausshändigte. Ferner ist wahr, daß der Frau bis zur 13. Woche noch kein Unfallzuschuß ausgezahlt worden war und die Kasse erst durch unser Eingreifen von der Aufsichtsbehörde dazu veranlaßt worden ist. Das alles in schönster Ordnung ist, glaubt Schreiber dadurch zu beweisen, daß er konstatiert, seit Jahren sei keine Beschwerde gegen die Kasse geführt worden. Bei uns sind jedoch in letzter Zeit eine ganze Anzahl Klagen gegen die Kasse geführt worden, zum Teil solche, welche schon längere Zeit zurückliegen.“

Göppingen. Auf den 18. August wurde hier für die Arbeiter der Firma Widmaier u. Kraft eine Fabrikversammlung einberufen. Als Thema war auf den Einladungszetteln angegeben: „Was bietet uns die Organisation und wie können wir Mißstände beseitigen?“ Einberufen der Versammlung war der Geschäftsführer Reppeler vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverband, welcher auch als Referent angegeben war. Da auch der christliche Textilarbeiterverband eine Anzahl Mitglieder in dem Betriebe hat, so erschien in der Versammlung der Bezirksleiter Kammerer von Stuttgart. Darüber fand dem Geschäftsführer des deutschen Verbandes das Herz in die Hose, schleunigst wurde von ihm ein Genosse abkommandiert, welcher für den mutigen Mann Hilfe herbeiholen mußte. Es kamen denn auch alsbald zwei Genossen herangerückt, und nun konnte die Versammlung beannt. Wer nun geglaubt hatte, ein Referat über das angegebene Thema hören zu können, der wurde arg enttäuscht. Einige inhaltlose Agitationsphrasen in 10 Minuten heruntergeliefert und fertig war der Mann. Bezirksleiter Kammerer meldete sich nun ebenfalls zum Wort und besprach der Reihe nach die Mißstände in dem betr. Betriebe. Nachdem dann noch zwei Diskussionsredner gesprochen hatten, machte der Geschäftsführer Reppeler den Vorschlag, die besprochenen Mißstände in einem Artikel in der „Freien Volkszeitung“ an die Öffentlichkeit zu bringen. Kammerer machte demgegenüber geltend, daß man sich nicht mit einer nutzlosen Kritik begnügen solle, sondern positive Arbeit müsse gemacht werden und zwar solle eine gemeinschaftliche Eingabe, von beiden Verbänden und dem Arbeiterausschuß unterzeichnet, an die Firma eingereicht werden. Das leuchtete auch den Mitgliedern des sozialdemokratischen Verbandes ein und mehrere Diskussionsredner erklärten ihre Zustimmung zu einem solchen Vorgehen. Wohl oder übel mußte Herr Reppeler darüber abstimmen lassen und der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nun war Holland in Not, aber Herr Reppeler, der unfähig war, einen vernünftigen Vorschlag zu machen, wußte Rat. Nicht umsonst hatte er sich zwei Heber aus dem radikalsten Lager kommen lassen. Schleunigst verduffelte nun der mutige Geschäftsführer und gab den Vorsitz einem Radikalisten, wohl deshalb, damit er für den nachfolgenden Streik nicht verantwortlich gemacht werden kann. Aber selbst ein Teil der Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes hat die Taktik dieses famosen Arbeitervertreters durchschaut. Nachdem dieser sah, daß etwas Vernünftiges für die Arbeiter der Firma Widmaier u. Kraft herauskommen würde, mußte dieses hintertrieben werden. Einer der von Reppeler gerufenen Genossen, der gar nicht in dem Betriebe beschäftigt war, legte nun mit einer ganz erbärmlichen Hezrede los, um die eben geeinten Arbeiter wieder auseinander zu sprengen. Selbst die Mitglieder des deutschen Verbandes protestierten lebhaft gegen ein solches Vorgehen. Auf die Aufforderung des Kollegen Kammerer, es mögen alle, welche mit einem solchen Vorgehen nicht einverstanden sind, das Lokal verlassen, gingen auch Mitglieder des deutschen Verbandes, um nie mehr wieder zu kehren. So werden in Göppingen von einem Beamten des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes die Arbeiterinteressen vertreten. Seine Mitglieder können sich nun bei ihm dafür bedanken, daß wieder einmal nichts für die Arbeiter geschehen konnte, weil durch diese Hezereien ein geschlossenes Vorgehen unmöglich gemacht wurde.

Gronau. Im verfloffenen Quartal sind allein an Krankenunterstützung in unserer Ortsgruppe 800 M. verausgabt worden. Das ging aus dem Bericht hervor, den in unserer Versammlung vom 18. August der Kassierer gab. Es wurden nach dem Bericht drei Delegierte für die Bezirkskonferenz in Coesfeld gewählt. Zum Schluß hielt Kollege Berger einen Vortrag über: „Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage“. Redner schilderte eingehend die geschäftliche Lage und die Verhältnisse in den hiesigen Betrieben. Mit Nachdruck betonte er den idealen Wert der christlichen Gewerkschaftsbewegung und ganz besonders den unseres Verbandes. Ferner hob er hervor, daß man sich ein für allemal den Gedanken aus dem Kopf schlagen wolle, daß jede Lohnbewegung mit einem Streik abgeschlossen werden müsse. Durch zielbewußtes und treues Zusammenhalten sei es möglich, die Lage der Arbeiter zu bessern, wie die Vergangenheit das bewiesen habe. Man solle sich von keinem radikalen Schreier beeinflussen lassen. Dann sprach Redner noch über den Wert der Lohnkategorien und ermahnte die Mitglieder sie korrekt auszufüllen. Schließlich wies er noch auf den in diesem Herbst abzuhaltenden heimatischen Arbeiterkursus hin. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen und in der Diskussion wurde sich im Sinne des Referenten dahin ausgesprochen, in Treue weiter zu arbeiten und Opfer zu bringen für das Glück und Gedeihen unseres Verbandes. Mit Freude über die schön verlaufene Versammlung dankte

Kollege Borgert den Anwesenden für ihre große Aufmerksamkeit und schloß die Versammlung.

Kerstadt O.-S. In einer großen, öffentlichen Volksversammlung, welche am 17. August in Liebich's Stablinnment hier selbst stattfand, sprach Herr Generalsekretär Richter von der evangelischen Geschäftsstelle für soziale Arbeit in Sibirien über „Unsere Stellung zu den sozialen und nationalen Aufgaben in der Gegenwart“.

Redner schilderte, wie das deutsche Volk, ehemals ein Volk der Denker und Dichter im wahren Sinne des Wortes, sich umgewandelt hat zu einem Volke, welches auf allen Gebieten eine bis dahin ungeahnte Talraft entwickelte. Bei dieser Umwandlung sei auch die soziale Frage, wie wir sie heute haben, entstanden. Nachdem der Redner das Wesen der sozialen Frage und den Begriff „Sozialismus“ erklärt hatte, ging er auf diejenigen Maßnahmen zur „Lösung“ der sozialen Frage ein, die in der christlichen Weltanschauung begründet sind. Dabei gedachte er auch des Bischofs Ketteler und Dr. Johannes Wichern, welche beide in ihren Kreisen den Anfang gemacht haben, eine Lösung der sozialen Frage herbeizuführen. Die Berechtigung der christlichen Gewerkschaftsbewegung kurz begründend, appellierte der Referent an seine evangelischen Glaubensbrüder, soweit es noch nicht geschehen, den christlichen Gewerkschaften beizutreten. Denn Organisation bedeute Verbrüderung, Verinnerlichung, Verwirklichung, sie hebe den Menschen empor. In die Tatsache anknüpfend, daß der 17. August der 125. Todestag des großen Königs Friedrichs II. sei, der für Schleien und seine Textilindustrie so viel getan habe, ging der Redner auf unsere Stellung zu den nationalen Aufgaben über. Angesichts der schwierigen Lage in der Baumwollindustrie müsse es mit Freuden begrüßt werden, wenn auf friedlichem Wege neue Gebiete für den Baumwollanbau erschlossen würden. Hier komme auch Marokko in Betracht. In vielleicht noch höherem Maße hätte auch die Metallindustrie und mit ihr die Arbeiter ein Interesse an Marokko. Wenn man bedenke, daß für die Arbeiter in denjenigen Industrien, die mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, Verbesserungen fast gar nicht zu erreichen seien, so müßten die Maßnahmen zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten auch von den Arbeitern unterstützt werden. Die Finanzreform müsse auch unter dem Gesichtswinkel betrachtet werden, daß durch die Erledigung derselben auch die Grundlage für die Reichsversicherungsordnung geschaffen worden sei. Als Pflichten gegenüber dem Staate bezeichnete Redner die Schulpflicht, den Militärdienst und die Arbeit, welche drei vornehmlich mit Freuden seitens der Arbeiter erfüllt werden sollten. Aber auch Ehre seien wir dem Staate schuldig. Dieser Gedanke müsse die Arbeiter anregen, stets an der eigenen Weiterbildung zu arbeiten. Wenn am Orte, wie er gehört habe, akademische Unterrichtskurse bestünden, so sollten die Arbeiter von dieser Einrichtung ausgiebigen Gebrauch machen. Der Redner schloß sodann mit den Worten des Liedes: Deutschland, Deutschland über alle.

Der schöne Verlauf der Versammlung behagt den Genossen jedoch nicht. Besonders weil die Zusammenfügung der Versammlung und das unwillkürlich gebliebene Referat am besten die alte sozialdemokratische Lüge von den Zentrumsgelehrten an den Pranger stelle. Doch damit ist nicht gesagt, daß die Neufstädter Genossen jetzt wahrheitsliebender geworden wären. Weit gefehlt. In einem sogenannten „Bericht“ in der „Volksmacht“ wird diese alte Lüge den Genossen wieder von neuem aufgeführt. Na, Klappern gehört nun einmal zum Handwerk. Darum läßt es uns auch vollständig kalt, wenn es in dem „Bericht“ heißt: „Das Ganze kann als ein mißglückter Versuch gelten, evangelische Arbeiter zu fördern. Nur einer Anzahl wackelter Zentrumsgelehrter blieb das Vergnügen, einen gelehrigen Schüler M.-Glabachs evangelischer Richtung zu hören.“ Daß die Versammlung von sehr vielen evangelischen Arbeitern und Arbeiterinnen besucht war und in unseren Reihen zum mindesten ebenfalls so viel evangelische Arbeiter organisiert sind wie bei den Genossen hierorts, hindert die Genossen durchaus nicht, das Gegenteil zu schreiben. Hier ist eben auch der Wunsch der Vater des Gedankens.

Pfersee. Eine gut besuchte Versammlung veranstaltete am 20. August unsere Ortsgruppe gemeinsam mit dem christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverband Kollege Hoffert hielt einen Vortrag über: „Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910 und unsere nächsten Aufgaben“. Er führte aus: 1. Wir sind gewachsen, denn 36000 neue Kämpfer haben sich im verfloffenen Jahre der christlichen Gewerkschaftsbewegung angeschlossen. Ebenso sind auch die Finanzverhältnisse bei den christlichen Gewerkschaften sehr gute, was in der heutigen Zeit sehr notwendig ist. 2. Wir müßten kämpfen. Dieses haben uns bewiesen die große Bauarbeiterausperrung und die vielen Lohnbewegungen in verfloffenen Jahre. Vieles ist dadurch erreicht worden für unsere deutsche Arbeiterschaft. Mit Recht können wir sagen, es sei von seiten der christlichen Gewerkschaften ein großes Stück Kulturarbeit geleistet worden. Unsere Parole muß aber lauten in diesem Jahre noch mehr zu tun und darum heißt es: 3. in den Waffen zu stehen. An Feinden hat es uns noch nie gefehlt. Sammeln wir um uns herum alle jene, die uns noch ferne stehen und die zu unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung gehören. Viele Tausende stehen uns noch ferne und diese müssen in nächster Zeit gefunden werden. Die Diskussion brachte manche traurige Verhältnisse, die in den Fabriken bestehen zum Ausdruck. Besser wird es werden, wenn die Kollegen und Kolleginnen ihr Versprechen halten und in der einzuleitenden Agitation tüchtig mitarbeiten. Auch konnten wieder Neuaufnahmen gemacht werden.

Rheydt. In der „Düsseldorfer Volksztg.“ vom 18. Aug. befindet sich ein Artikel, der sich gegen ein Flugblatt richtet, welches von der hiesigen Geschäftsstelle unseres Verbandes herausgegeben worden ist. Dasselbe hat die Größe eines Handzettels und dient als Einladung zu den Fabrikversammlungen und ist schon im Januar d. J. an den Fabriken verteilt worden. Jetzt, nach ungefähr 7 Monaten, findet man daran etwas auszusetzen. Dem Artikelschreiber scheint die Textilbranche vollständig fremd zu sein, denn als Textilarbeiter müßte er es schon am eigenen Leibe erfahren haben, wie die Unternehmer bei schlechtem Geschäftsgang ganz besonders, wenn sie mit viel Leihkapital arbeiten, alles mögliche versuchen, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Wenn nun ein Unternehmer in eine solche Lage gerät, dann wird er auch versuchen, aus ihr wieder herauszukommen. Bei diesen Versuchen wird der Unternehmer, wenn die Arbeiter gar nicht oder zu schwach organisiert sind, in der Regel mit einer Lohnreduzierung anfangen. Der niedrigere Lohnsatz wird dann gewöhnlich mit gutem Material schmacht gemacht und nach einiger Zeit wird auch das gute durch schlechtes Material ersetzt, und der Arbeiter ist dann der zweimal Gehaltene. Daß aber bei einer derartigen schlechten Geschäftslage, wie wir sie in letzter Zeit zu verzeichnen hatten, eine gewisse Zurückhaltung am Platze ist, werden dem Schreiber seine Genossen vom sozialdemokratischen Textilarbeiter-

verband bestätigen müssen, andernfalls sind wir bereit, das Gedächtnis derselben etwas auszufrischen. Am Schluß des Artikels werden die Textilarbeiter aufgefordert, in den sozialdemokratischen Textilarbeiterverband einzutreten, weil dieser schon oftmals bewiesen hätte, daß er die Rechte der Arbeiter vertritt, während die christlichen Gewerkschaften schon zu tausenden Malen bewiesen hätten, daß sie dazu unfähig seien.

Diese Wissenschaft hat der Schreiber jedenfalls nicht aus der Bewegung selbst, sondern aus der „Düsseld. Volksztg.“ geschöpft, die wohl kaum noch von allen Genossen, geschweige denn von anderen, ernst genommen werden dürfte. Wenn, nach diesen Ausführungen, müßten ja überall da, wo der sozialdemokratische Textilarbeiterverband allein existiert, wahrhaft ideale Zustände sein, und die Goldsucher gingen dann wohl am sichersten nach den Domänen dieses Verbandes, etwa nach dem sächsischen Erzgebirge. Welch herrliche Aussichten dort winken, ersehen wir, wenn wir uns die Berichte der Textilarbeitergenossenschaften etwas näher betrachten. Nach den Berichten der sächsischen Textilarbeitergenossenschaft betrug der Durchschnittsverdienst eines Verarbeiteten im Jahre

1905	758,52 M.
1906	818,01 „
1907	721,70 „
1908	774,74 „
1909	760,51 „

Nach dieser Tabelle betrug der Verdienst eines Arbeiters im Jahre 1909: 1,69 M. mehr als im Jahre 1905. Das ist allerdings immerhin ein Erfolg, wenn man es so nennen will. Vielleicht wird man den höheren Verdienst vom Jahre 1906 hervorheben wollen, dieses würde gegenüber dem Jahre 1907 nur beweisen, daß dort im roten Sachsen, infolge der unheilvollen Taktik des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes die Arbeiter schon zum willenlosen Werkzeug der Unternehmung geworden sind. Letztere bezahlten dort eben, wie sie für gut befinden, unbefürchtet um die organisierten Arbeiter.

Der Genosse bezeichnete das Flugblatt als ein M.-Gladbacher Rezept, die Arbeiter einzulullen. Demnach muß es hier in Rheinland und Westfalen, wo der christliche Textilarbeiterverband die Majorität hat, doch noch schlechter sein. Die Berichte der Textilarbeitergenossenschaft mögen auch hier Aufklärung verschaffen. Der Durchschnittsverdienst der in der rhein.-westf. Textilarbeitergenossenschaft beschäftigten Arbeiter betrug im Jahre

1905	821,12 M.
1906	852,— „
1907	890,— „
1908	883,44 „
1909	910,70 „

Also in denselben vier Jahren, in welchen in der Domäne des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes nur eine Erhöhung von 1,69 M. zu verzeichnen war, war in Rheinland und Westfalen eine solche von 89,63 M. zu verzeichnen. In Sachsen beobachten wir ein fortwährendes Auf und Nieder, in Rheinland und Westfalen ein stetiges Aufsteigen des Jahresverdienstes.

Daraus ersehen wir, daß dort, wo der sozialdemokratische Textilarbeiterverband seine Mitglieder hat, kaum von Erfolg gesprochen werden kann, sondern ein stetiger Fortschritt ist nur da zu verzeichnen, wo der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands in Frage kommt. Ziehen wir daraus die notwendigen Konsequenzen. Große Aufgaben haben wir uns für den nächsten Winter gestellt. Soll das gesteckte Ziel aber erreicht werden, so ist es notwendig, daß alle Kolleginnen und Kollegen in der Agitation mitarbeiten, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. Fr. N.

Süchteln. Die hiesige Ortsgruppe hielt am Sonntag, den 27. August eine besondere Versammlung für die Arbeiterinnen ab. Dieselbe hatte einen guten Besuch aufzuweisen und nahm einen äußerst anregenden Verlauf. Mit besonderer Aufmerksamkeit nahmen die Kolleginnen die Ausführungen der Kollegin Harber-Düsselborf über die Entwicklung des Wirtschaftslebens und des Organisationsgebaltens entgegen. Die Anregungen, die am Schluß bezüglich Mitarbeit der Kolleginnen in der Zukunft gegeben wurden, sind denn auch begeistert aufgenommen worden. Sie setzen zur Wahl einer achtgliedrigen Arbeiterinnenkommission, die sehr tüchtige Kolleginnen in sich schließt und in der Zukunft jedenfalls eine bedeutende Stütze des örtlichen Vorstandes sein wird. Es ist auch eine Ehrensache für uns Kolleginnen, als überzeugte Mitglieder unseres christlichen Verbandes die Entwicklung desselben zu fördern. Daß wir es in der Kommission leicht tun können, ist Erfahrungssache und es wäre zu wünschen, daß noch recht viele Ortsgruppen diesen Schritt voran machen würden.

Soziale Rundschau.

Die 2. Vertreterversammlung des Verbandes evangelischer Arbeiterinnenvereine Deutschlands fand am 18. und 19. September 1911 in Dresden statt. Die reichhaltige Tagesordnung enthält folgende Hauptpunkte: Vorträge: 1. Die evangelischen Arbeiterinnenvereine und die nationale Arbeiterbewegung. Herr Pastor Dreher, Kleinmachwitz bei Dresden. 2. Die evangelischen Arbeiterinnenvereine und die innere Mission. Herr Pastor Scheffner, Berlin-Dahlem. 3. Die evangelischen Arbeiterinnenvereine und die christliche Frauenbewegung. Freiin L. v. Werthern-Kassel. Ein öffentlicher Vortrag mit Lichtbildern. Die Gartenstadt Hellerau, Referent Dr. W. Dohrn. Zur Beratung stehen eine Anzahl Anträge betr. die Ausgestaltung des Verbandsorgans „Die deutsche Arbeiterin“. Einrichtung von Spargelgenheiten für die Vereinsmitglieder. Einrichtung von Kurzen zur Schulung von Arbeiterinnen zu Vorstandsmitgliedern und Beamtinnen der Vereine u. a. m.

Alle Anträge, die Tagung betreffend, sind an das Sekretariat des Verbandes, Hannover-Döhren, Bahnhofsstraße 1, zu richten.

Abnahme der jugendlichen Fabrikarbeiter unter 14 Jahren. Wie der „Zit.“ von zünftigiger Seite mitgeteilt wird, ist im letzten Berichtsjahre 1909/10 eine Abnahme der jugendlichen Fabrikarbeiter unter 14 Jahren, dagegen eine Zunahme der jugendlichen Fabrikarbeiter zwischen 14 und 16 Jahren zu verzeichnen. Insgesamt wurden im letzten Berichtsjahre 458085 Jugendliche in Fabriken beschäftigt. Von diesen waren 11542 unter

14 Jahren gegenüber 12062 im Vorjahre. Die Abnahme betrug also 529. Die Anzahl der Jugendlichen unter 14 Jahren setzt sich aus 6166 Knaben und 5376 Mädchen zusammen. Die übrigen Jugendlichen standen in einem Alter von 14 bis 16 Jahren, und zwar betrug ihre Zahl 446540. Davon waren 290277 Knaben und 156263 Mädchen. Im Vorjahre betrug die Anzahl der Jugendlichen zwischen 14 und 16 Jahren nur 440254. Es ist also eine Zunahme von rund 6000 Jugendlichen in diesem Lebensalter zu verzeichnen. Die Anzahl der Betriebe, in denen Jugendliche beschäftigt wurden, betrug 95304.

Soziale Zustände in Amerika. Die „Frankfurter Zeitung“ brachte in Nr. 228 eine Schilderung eines bekannten englischen Dichters und Soziologen über die Kinderarbeit in Amerika. Diese Schilderung entrollt uns ein trauriges Bild rückwärtsloser kapitalistischer Ausbeutung. Wir geben sie nachstehend wieder:

„In diesem reichsten, größten Lande, das die Welt je gesehen hat, arbeiten über 1700000 Kinder unter fünfzehn Jahren auf Feldern, in Fabriken, in Bergwerken und Werkstätten. Und Robert Hunter berichtet in seinem Buche „Armut“, daß nicht weniger als 80000 Kinder, wovon die meisten kleine Mädchen sind, gegenwärtig in den Spinnereien des Landes beschäftigt sind. Im Süden stehen zurzeit sechsmal so viel Kinder in Arbeit, als vor zwanzig Jahren. Die Kinderarbeit nimmt in diesem Teil des Landes mit jedem Jahre zu. Alljährlich werden mehr Menschen im Kindesalter aus Feld und Berg herbeigebracht und müssen in der begrabierenden und demoralisierenden Luft der Fabriksstädte ihr junges Leben zubringen. . . .

In ihrer schlimmsten Zeit sind die Zustände in den Baumwollspinnereien Englands schwerlich ärger gewesen als jetzt im südlichen Nordamerika. Die kleinsten und schwächsten Kinder von fünf und sechs Jahren stehen frühmorgens auf und gehen wie Erwachsene in die Fabriken, an ihre Tagesarbeit; und wenn sie heimkommen, werfen sie sich totmüde auf ihre Betten, zu erschöpft, auch nur ihre Kleider auszuziehen. Viele Kinder arbeiten die Nacht durch, inmitten des sinnverwirrenden Getöse der Maschinen, in einer ungesunden Wolke von feuchtem Dampf und Baumwollfasern.“

„Lange werde ich“, sagt Hunter in einer Beschreibung, „das Gesicht eines sechsjährigen Jungen nicht vergessen können, der die Hände ausgestreckt, um einen Maschinenkeil in Ordnung zu bringen, und dessen bleiches Gesicht und magere Gestalt bereits die körperlichen Folgen der Arbeit aufwies. Dies sechsjährige Kind arbeitete zwölf Stunden am Tag. Und aus Spargos „Notizen der Kinder“ höre ich über die Lebensfreuden gewisser Kinder in Pennsylvania folgendes: Zehn oder elf Stunden am Tage sind Kinder von zehn und elf Jahren über die Kohlenrinnen gebückt und säubern die Kohle von Schiefer und anderen Unreinlichkeiten, während sie an ihnen vorbeigeführt wird. Die Luft ist schwarz von Kohlenstaub, und die Bertleinerungs- und Sortiermaschinen, die vorbeistromende Kohle verursachen einen ohrenzerreißenden Lärm. Gelegentlich fällt auch in ein Kind in die Kohlenrinne und erstickt. Es gehen auf diese Weise viele Kinder zugrunde. Viele andere bekommen nach einiger Zeit das Asthma und die Schwindelkrankheit der Grubenarbeiter. . . .“

Der Hon. J. F. Carey erzählt uns, wie in Massachusetts, am Fall River, kleine, nackte Knaben, freigebohrte Amerikaner, für Herrn Burden, den New-Yorker Millionär, arbeiten; sie haben Tuch in Bleichbottiche und in eine chemische Lauge zu packen, die ihre kleinen Körper bleicht, daß sie aussehen wie die Leiber Auswärtiger.“

Der Erlaß von Arbeitererziehungsgesetzen ist in den Vereinigten Staaten Sache jedes einzelnen Staates. Es sind zwar Kindererziehungsgesetze erlassen, doch wird für deren Durchführung wenig oder gar nichts getan. Der in Amerika mehr denn anderswo allmächtige Kapitalismus geht einfach über die erlassenen Vorschriften hinweg. Sie existieren nicht für ihn. Mit der Fabrikspekulation aber scheint es in den meisten Einzelstaaten noch sehr schlecht bestellt zu sein.

I. Verbandsbezirk Krefeld.

Die ordentliche Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 24. September, in der Reichshalle zu Krefeld statt. Sie beginnt morgens punkt 11 Uhr. Die Tagesordnung lautet: 1. Geschäftsbericht des Bezirksvorsitzenden. 2. Wie gewinnen wir neue Mitglieder? 3. Vortrag eines Zentralvorstandsmitgliedes. — Alle Ortsgruppen werden gebeten, die Delegierten pünktlich und vollzählig zu entsenden. Mit kollegialem Gruß!
Der Bezirksvorsitzende: Jakob Bensch.

Literarisches.

Such in die Rüste führt die neueste Nummer (32) des literarischen Volksblattes „Die Lesende“. Sie zeigt, wie die Idee des Fliegens schon seit uralter Zeit in der Menschheit lebte und immer wieder zur Verwirklichung drängte. Aber diese Verwirklichung in alter Zeit bestand nur in Träumen und Phantasien der Dichter, erst unserer Zeit war die Umsetzung in die Tat vorbehalten. Von der alten griechischen Sage von „Dädalus und Ikarus“ ausgehend verfolgt „Die Lesende“ durch Darbietung der schönsten Proben von alten und neuen Erzählern und Dichtern die Entwicklung des Fluggedankens durch alle Zeiten. Gegenüber der griechischen Sage, die mit der germanischen von dem Schmied Wieland verwandt ist, zeigt „Die Luftfahrt Alexanders des Großen“ eine andere, und zwar recht komische Ausgestaltung des Problems. Dann spricht Goethes „Faust“ in der Szene vor dem Tor seine Sehnsucht aus, sich über die Erde zu den Wolken zu erheben. Der Lösung des Problems in unserer heutigen Sinne kommt der dänische Märchendichter Christian Andersen in seinem Zukunftsgebilde „In Jahrtausenden“ merkwürdig nahe. Und schließlich leiten zwei Gedichte „Der Flieger“ von Wilhelm Schmidtbohm und „Ballonfahrt“ von Will Wesper ganz in unsere erfolgreiche Zeit über. Den Schluß bildet die Schilderung einer Fahrt „Im Wright-Apparat“ von Adolf Heß, die auf wirklichem Erlebnis beruht. Es ist eine eigenartige und interessante Zusammenstellung, die „Die Lesende“ da bringt. Diese schöne Wochenschrift weiß immer neue Löhne anzuschlagen und ihren Lesern stets sorgsam ausgemöhnt, reichen und spannenden Lesestoff zu bieten, und dies zu dem geringen Preis von 1,50 M. für das Vierteljahr. Probenummern versendet auf Wunsch umsonst und postfrei die Geschäftsstelle der Lesende, Münchener Kindermarkt 10.

Volksstämmliche Redekunst, Erfahrungen und Ratsschläge von Adolf Damajchte, Verlag Gust. Fischer, Jena. Preis M. 1. Bald beginnt das Winterhalbjahr, das für das Organisationsleben gewissermaßen die Hochsaison bedeutet. Da heißt es schon jetzt die nötigen Vorarbeiten beginnen. Was der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in der gegenwärtigen Zeit mehr denn je nottut, ist eine Vermehrung der freiwilligen Kräfte. Die Zahl der Wegner ist groß, sie beschäftigen ein Heer von Beamten, bezahlten Bauleitern usw. Und doch, der christlich-nationale Gedanke muß sich sieghaft durchsetzen, wenn — nun, wenn jeder einzelne ein wahrer Streiter für seine Sache wird. Wie oft ist es nur baghastigkeit oder falsche Scham, wenn man glaubt, vor der öffentlichen Betätigung zurückzudenken zu sollen. Natürlich muß auch hier die Übung den Meister machen, ganz besonders trifft dies zu auf alle die, die sich rednerisch für ihre und ihrer Verbandsangehörigen Interessen verwenden wollen. Für diese trifft es sich gut, daß der bekannte Vorsitzende des „Bundes Deutscher Bodenreformer“ soeben die oben genannte Schrift herausgegeben hat. Damajchte — ein Meister der freien Rede — hat hier alle seine reichen Erfahrungen, die er in seiner 25-jährigen Praxis gesammelt hat, niedergelegt. Das Buch zeichnet sich, wie alle Bücher Damajchtes, durch leicht verständliche Darstellungsweise aus und gibt viel praktische Ratsschläge und Winke. Jeder eifrige Gewerkschaftler sollte es besitzen, es ist ein Buch, das uns schon lange fehlte.

Inhaltsverzeichnis.

Abteil. — Artikel: Sozialistische Gewerkschaften und Partei. — Die Arbeitskämpfe in England. — Sozialdemokratische Mißwirtschaft in den Krankenkassen. — Soziale Studentenarbeit. — Geniesleben: Aus dem Berufsleben und der Gedankenwelt der Arbeiterinnen. — Aus der Arbeiterbewegung: Tabakarbeiter-Verbandsstag. — Evangelische Bergmannsvereine und christliche Gewerkschaften. — Sozialdemokratische Kampfweise. — Aus den Konsumvereinsverbänden. — Zur Organisation der Arbeiterinnen. — Sozialdemokratie und Jugendbewegung. — Wie viele christlich organisierte Textilarbeiterinnen gibt es außerhalb Deutschlands? — Warum die Sozialdemokraten gegen einen Krieg sind. — Gewerkschaftsgelder zu Parteizwecken. — Sozialdemokratischer Herrenkultus. — Zur Neutralität der Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereine. — Aus unserer Industrie: Textilarbeiterliche Rundschau. — Aus dem Verbandsgebiete: Verlegung der Zentralstelle. — An die Ortsgruppenvorstände! — Zur Frage der Lokalbeiträge. — Arbeiterbewegungen und Arbeitsfreizeitigkeiten: Sennheim (Ober-Elsaß). — Weippenau bei Ravensburg. — Aus unseren Bezirken: Bezirk Württemberg. — Berichte aus den Ortsgruppen: Weiburg. — Forst (Sachsen). — Göttingen. — Gronau. — Neustadt O.-S. — Piersee. — Rheylt. — Süchteln. — Soziale Rundschau: Die 2. Vertreterversammlung des Verbandes evangelischer Arbeiterinnenvereine Deutschlands. — Abnahme der jugendlichen Fabrikarbeiter unter 14 Jahren. — Soziale Zustände in Amerika. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Literarisches.

Versammlungskalender.

Bramsche. 10. Sept. Monatsversammlung im Lokale Witz, Bor dem Berge.
Burgwaldbühl. 10. Sept., gleich nach dem Hochamte, bei Adele Jörß, außerordentliche Generalversammlung.
Esthne. 9. Sept., 8 Uhr, im evangelischen Vereinshaus, Spreest. 12.
Deröslag. 10. Sept., 1/3 Uhr, bei Fritz von der Linnepe, Vorstands- und Vertrauensleuteversammlung.
Dülken. 10. Sept., 11 Uhr, im Lokale Klemens, außerordentl. Mitgliederversammlung.
Eberfeld. 16. Sept., 8 1/2 Uhr, bei Herkenrath, Hoshbahn.
M.-Gladbach-Eicken. 10. Sept., 6 1/2 Uhr, bei Christian Grates, Alststraße.
M.-Gladbach-Waldhausen. 9. Sept., 5 1/2 Uhr, bei Uebach, Waldhäuserstraße.
Greiz. 29. Sept., 8 1/2 Uhr, im Gasthof „Burgeller“.
Hilmsate. 17. Sept., 4 1/2 Uhr, bei Walperk.
Vörrath. 24. Sept., Auszug zum Stiftungsfest in Zell i. B., Abfahrt 10.52 Uhr.
Rienkerf. 10. Sept., 11 1/2 Uhr, bei Joh. Gylmanns (Meiner Saal oben).
Schöngiswalde. 9. Sept., 8 Uhr, im Hotel Weintraube, öffentliche Versammlung.
Sinkrath. 17. Sept., 5 1/2 Uhr, bei Frau M. J. Ploenes.
Schaag. 10. Sept., 10 1/2 Uhr, bei Franz Kläden, Generalverf.